

Z 7625 F

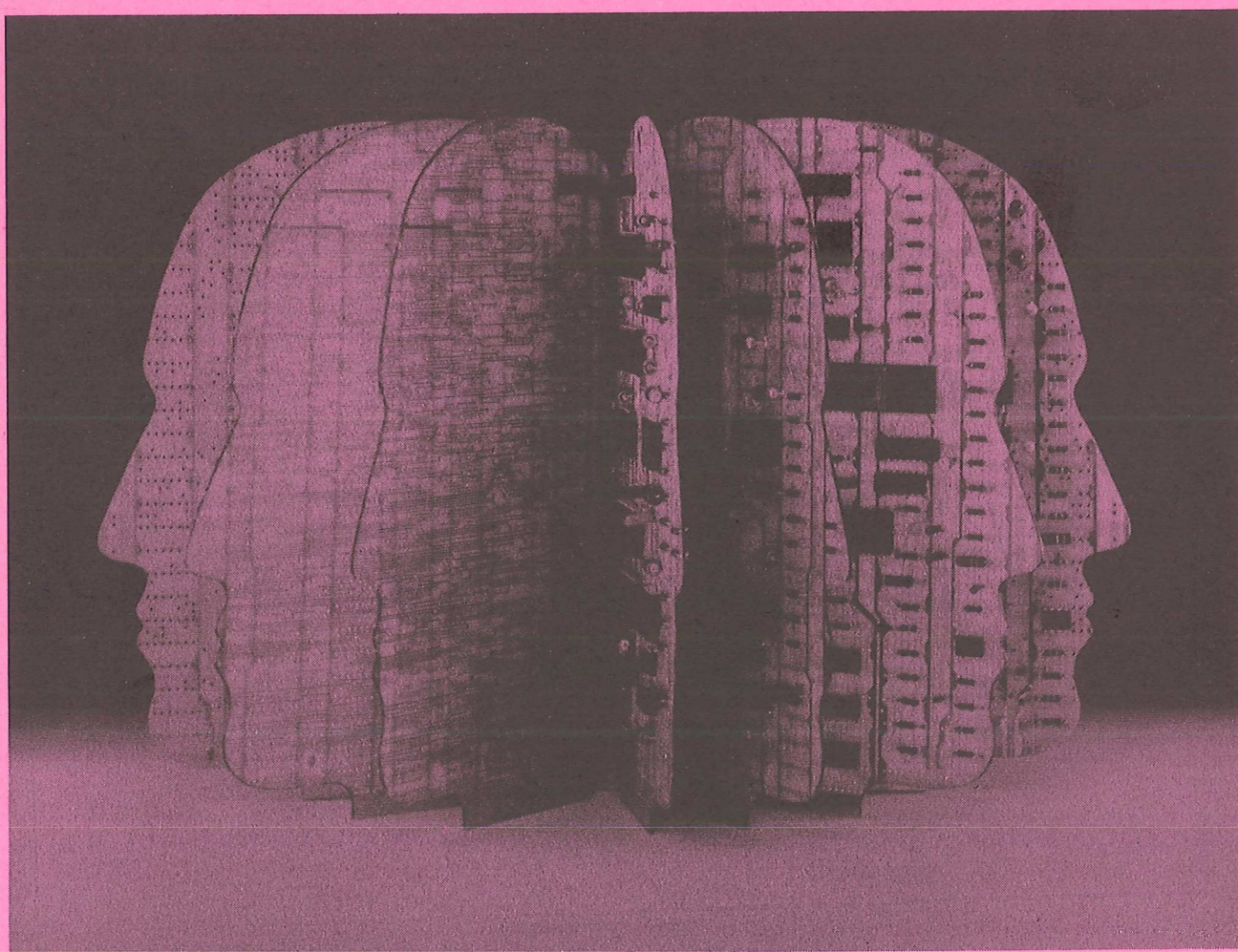
# K O M M U N I K A T I O N

Forum InformatikerInnen  
für Frieden und  
gesellschaftliche  
Verantwortung e.V.

7. Jahrgang  
Oktober 1990  
ISSN 0938-3476  
Einzelpreis: 3.-- DM

Heft

4/90



Der "Fall des Philipp S."

BDSG-Novelle in der Kritik



---

# INHALT

---

|                                          |           |
|------------------------------------------|-----------|
| <b>EDITORIAL</b>                         | <b>3</b>  |
| <b>FORUM</b>                             | <b>3</b>  |
| <b>AKTUELL</b>                           |           |
| • "Caller Identification"                | 5         |
| • Neues von der TelekommunikATION        | 6         |
| • Computer-Frauen-Netzwerk               | 7         |
| • Datenschutz "drüben"                   | 8         |
| • Frauen-Computer-Schule                 | 8         |
| <b>MEDIENSPIEGEL</b>                     |           |
| • Im Netz gefangen                       | 9         |
| • Bürger drohen mit Prozeß               | 9         |
| • Teamsoftware als kleiner Großer Bruder | 10        |
| <b>FIFF e.V.</b>                         | <b>11</b> |
| Der "Fall des Philipp S."                | 11        |
| BDSG-Novelle in der Kritik               | 13        |
| <b>FIFF ÜBERALL</b>                      | <b>15</b> |
| <b>LESEN?</b>                            |           |
| • Computer-Kinderbücher                  | 17        |
| • CPSR Newsletter                        | 18        |
| • Gentechnik - zum Weiterlesen           | 18        |
| • Computerwissen für ArbeitnehmerInnen   | 18        |
| • Computer für die Apartheid             | 19        |
| <b>TERMINE</b>                           | <b>20</b> |
| <b>VIELZWECKSCHNIPSEL</b>                | <b>21</b> |
| <b>IMPRESSUM</b>                         | <b>22</b> |
| <b>ADRESSEN</b>                          | <b>23</b> |
| <b>SCHLUSS-PF!FF</b>                     | <b>24</b> |

*Das Titelbild dieser FIFF-KOMMUNIKATION entstand im Auftrag eines großen Computerherstellers, der aber im Zusammenhang mit diesem Bild nicht mehr genannt werden möchte.*



## EDITORIAL

### Bericht über eine Vereinsgründung mit Hindernissen

*(In Ermangelung eines eigenen Editorials - der etatmäßige Autor ist in Urlaub und überhaupt ist Sommer, wie man auch an anderen Stellen dieser FIFF KOMMUNIKATION feststellen kann - diesmal ein geklautes Editorial, das aber nicht eines inneren Zusammenhangs mit früheren FIFF-Diskussionen entbehrt)*

"Und nun sind wir ein Verein! Doch der Weg dahin war schwer, viele bürokratische Hürden mußten genommen werden und beinahe wäre es an unserem Anspruch der Gleichberechtigung (auf dem Papier) gescheitert. An einer Stelle heißt es nämlich:

'In den Vorstand sind diejenigen KandidatInnen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten haben.'

Dies nahm das Amtsgericht unter anderem zum Anlaß, uns den ganzen Papierberg mit folgendem Schreiben zurückzusenden:

'Es wird um Aufklärung gebeten, was § 7 II letzter Satz "... diejenigen Kandidatinnen..." bedeutet. Dürfen nur Frauen in den Vorstand gewählt werden? Die Satzung ist insoweit mißverständlich und muß eindeutig gefaßt werden.'

Da sich das Gericht nur auf die im Duden festgelegte Schreibweise einlassen wollte, wir aber mit unserer Vereinsgründung nicht so lange warten mögen, heißt es inzwischen in der Satzung 'Kandidatinnen und Kandidaten'. Nur - hätte irgendjemand nachgefragt, ob nur Männer in den Vorstand dürfen, wenn von 'Kandidaten' die Rede gewesen wäre? Und hätte dies etwa zur Ablehnung eines Vereins geführt?

Sehen wir uns doch viele, viele Vorstände daraufhin einmal an..."

*(aus: gegengift, hamburger infoblatt für arbeit & gesundheit, Nr. 10, Oktober 1988)*

## FORUM

### Biocomputer

*(zum Thema Genomanalyse in der FIFF KOMMUNIKATION 3/90)*

Heft 3/90 mit dem Schwerpunkt Genom-Analyse ist sehr gut gelungen. Vor allem ist es den Autoren gelungen, die äußerst komplexe Problemlage anschaulich und verständlich darzustellen. Eine kritische Anmerkung kann ich mir aber doch nicht verkneifen: Christian Sternberg meint, daß über die Kenntnis unserer Erbsubstanz sich das Schicksal eines Menschen vorhersagen lasse. Bei allen nur zu berechtigten Befürchtungen - Schicksal ist mehr als Erbsubstanz in Verbindung mit dem genetischen Code. Gott sei Dank.

Ich warte nun auf ein Themenheft zu "Biocomputern". Auch in diesem Falle geht es um die "Schnittstelle" Molekularbiologie - Gentechnologie - Informatik/KI. Auch in diesem Falle stehen Mensch und Schöpfung prinzipiell zur Disposition. Mit noch gravierenderen Folgen wie bei der Genom-Analyse. Die Konvergenztechnik Biocomputer wird allerdings da, wo sie auf Anwendungen beim Menschen zielt, auf der Genom-Forschung aufbauen. Wir werden uns noch auf manche Überraschungen einer wahnsinnig gewordenen Clique von "Wissenschaftlern" einrichten müssen. Oder gibt es Möglichkeiten zum Widerstand?

*(Claus Eurich)*

*(Jetzt fehlen uns nur noch die entsprechenden Artikel zum "Biocomputer"-Schwerpunktheft.)*



## Software für den Mittelstand

(Angeregt durch die Lektüre des Berichts von Barbara Krause "Also, zufrieden bin ich nicht ...", erschienen in der FIFF KOMMUNIKATION 3/90, stellt Karl-Heinz Osmer seine Ideen zu einem befriedigenden Arbeitsleben als Informatiker vor.)

Besonders spricht mich der Artikel über die Arbeitssituation bei der Software-Erstellung von Barbara Krause an, da ich selbst verschiedene Versuche zur eigenen Arbeitssituation durchlaufen habe:

Von 1968 bis 1986 war ich als Programmierer und EDV-Organisator in der Großindustrie bzw. bei Unternehmensberatungen für die Großindustrie tätig. Fachgebiet: Materialwirtschaft und Produktionsplanung.

Seit 1987 betreibe ich - ermuntert durch die Verbreitung von Personal-Computern - ein eigenes Programmierbüro. Anfangs bemühte ich mich, mit anderen ein Dienstleistungszentrum zu gründen. Die Software wäre dann nur eine Sparte neben Aufbereitung von Möbeln, Recycling-Projekten, Solartechnik usw. gewesen. Trotz guter Presse für diese Idee (die zwei hiesigen Tageszeitungen brachten mehrfach Berichte von den ersten Anfängen) kamen wir nicht recht aus den Startlöchern.

Im Wesentlichen wohl deshalb, weil die Inhalte "selbstbestimmte Arbeitsweise", "Recycling-Projekte" und High-Tech-Leistungen wie Photovoltaik und EDV weder in den Augen der Beteiligten noch in der Meinung des angepeilten Kundenkreises schlüssig zusammenpaßten.

Oder kurz formuliert: Wer über Alternativen nachdenkt (und sie sogar ausprobiert!) kann nicht geeignet sein für eine zielgerichtete, gewinnorientierte Arbeit. Und Gewinn muß nun mal sein, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Es blieb die Software-Entwicklung für mittelständische Produktions- und Handelsunternehmen. Der Reiz der Arbeit liegt für mich darin, mit einem Baukastensystem selbstentwickelter Programme Lösungen für unterschiedliche Anwendungen bieten zu können. Die Erfolgserlebnisse sind weitaus zahlreicher als damals in der Großindustrie, das Einkommen allerdings deutlich schlechter.

Interessant wäre eine Gemeinschaft von Software-Entwicklern, die sich mit ihren Programmen gegenseitig ergänzen. Eine offene Dokumentation von Schnittstellen wäre hier sehr hilfreich. In einer Gemeinschaft von sozial denkenden, selbständigen Kollegen würde ich mich sehr wohl fühlen.

Nicht nur in Uni-Arbeitskreisen, auch beim Kunden vor Ort gibt es in diesem Sinne einiges zu tun. Als Beispiel einige Stichworte:

- Einsatz von strahlungsarmen Bildschirm-Arbeitsplätzen,
- Betriebsdatenerfassung ohne zusätzliche Personal-Überwachung,
- Software-Ergonomie zur Verringerung der Arbeitsbelastung,

aber auch:

- Produktivitätssteigerung durch EDV: Können auch Arbeitnehmer daraus Nutzen ziehen?

Ich bin bereit, ein Wochenende zu investieren, wenn auch andere Software-Firmen an einem Gedankenaustausch interessiert sind.

Mögliche Überschrift einer entsprechenden Diskussionsrunde:

**Software für den Mittelstand - Kann gesellschaftliche Verantwortung zu einem Verkaufs-Argument werden?**

Karl-Heinz Osmer  
Insterburger Str. 11  
2803 Weyhe

## Klarstellung zu ARD-Sendung

Zur ARD-Sendung "Die elektronischen Eierköpfe - Macht und Macher Künstlicher Intelligenz" vom 5. Juli 1990

Nach dem Fernsehfilm haben mich viele wegen des Sprecherkommentars, *ich* wäre im SAL-Rüstungsseminar "Anti-Submarine Warfare" in Hamburg *unerkannt* geblieben, angesprochen. Dieser Satz hat zu Irritationen geführt, er hat mich auch gestört, weil er die Ereignisse in Hamburg aus meiner Sicht nicht richtig umschrieben hat. Deshalb möchte ich folgendes klarstellen:

1. Wie bei jeder anderen Konferenz habe ich mich bei SAL ganz regulär und formgerecht unter meinem Namen angemeldet.
2. Autorin und Autor des Films wollten mit dem Kommentar zum Ausdruck bringen, daß die *Motivation* für meinen Seminarbesuch sowohl beim Veranstalter des Seminars als auch bei den am Rande des Seminars aktiv gewordenen Geheimdienstleuten *unerkannt* geblieben war. Mir war es wichtig, aus interner Seminar-Kenntnis heraus einen Beitrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die SAL-Seminare leisten zu können.

Nebenbei bemerkt, waren die beiden Tage in Hamburg für mich viel aufregender, als die Filmszenen vermuten ließen (vergleiche dazu FIFF KOMMUNIKATION 3/90, S. 26-27).

Im übrigen bekam FIFF für die "elektronischen Eierköpfe" sehr viele positive Kommentare von Laien, JournalistInnen, StudentInnen, InformatikerInnen, Beschäftigten in der Industrie und im militärischen Bereich. Es gab natürlich auch kritische Anmerkungen von FachkollegInnen. Beim WDR liefen die ersten Tage nach der Sendung die Telefonleitungen "heiß", so viele Nachfragen gab es.

(Manfred Domke)



# AKTUELL

## "Caller Identification"

Was bei uns noch kaum ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist, wird in den USA schon heiß diskutiert: die Anzeige der Telefonnummer des Anrufers auf einem Anzeigefeld des Telefons.

Aus "The CPSR Newsletter", Nummer 8/90 schreibt Jeff Johnson einen langen Abriss der derzeitigen Argumentation für und wider die "Caller Identification", die in den USA schon weitgehend möglich ist und insbesondere von der Industrie zum Sammeln von Informationen über mögliche Kunden genutzt wird. Als wichtigste Frage dabei stellt sich heraus, welches Schutzbedürfnis der Privatheit höher einzustufen ist: das Recht, seine Telefonnummer nur denjenigen zugänglich zu machen, die man/frau selbst auswählt oder das Recht zu erfahren, wer gerade anruft bevor man/frau den Hörer von der Gabel nimmt. In den USA ist die Anzeige der Rufnummer auf einem Anzeigefeld des Telefonapparates des B-Teilnehmers (A-Teilnehmer ist der Anrufende) folgendermaßen geregelt. Wenn A einen Anschluß anwählt, dessen Besitzer B den Dienst "Anzeigen der Rufnummer" mit der Telefongesellschaft vereinbart hat, dann wird diesem die A-Nummer mitgeteilt. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, was mit der angezeigten Nummer geschehen kann. Der häufigste Fall ist der, daß B die Nummer sieht, schnell entscheidet, ob er/sie die Nummer kennt und ob er/sie den Anruf entgegennehmen will oder nicht. Aufwendigere Telefone können die Nummer in einer gespeicherten Namensliste suchen und, falls vorhanden, den Namen des/der Anrufenden auf dem Display anzeigen oder sogar eine vom Benutzer vorher für diese Nummer festgelegte Aktion durchführen: den Anruf ignorieren, den

Anrufbeantworter einschalten, dem Anrufer eine spezielle Mitteilung vom Band zuspiesen oder das Telefon läuten lassen.

1992 soll der Dienst in allen Haushalten der USA angeboten werden.

**Vorteile:** Vorauswahl, ob Gespräch erwünscht: "Wenn mich jemand behelligen will, dann habe ich das Recht, zu erfahren, wer es ist."

Außerdem soll die Caller Identification die Anzahl der obszönen, belästigenden und schikanierenden Anrufe vermindern, weil die Sicherheit der Anonymität des Anrufers entfällt.

Die durch programmierte Behandlung verschiedener Anrufer ermöglichte spezifischen Antwortmöglichkeiten wird als Vorteil herausgestellt.

Der Service "Rufe den letzten Anrufer zurück" wird als Fortschritt empfunden.

**Nachteile:** Rufnummern werden automatisch mitgeteilt: "Wenn jemand meine Nummer haben möchte, muß er/sie mich entweder fragen oder versuchen, über Telefonbuch oder Auskunft die Nummer herauszufinden."

Es gibt außerdem eine Reihe von Telefonanrufen, die auf der Anonymität des Anrufers erfordern, etwa bei der AIDS-Beratung oder für Anzeigestellen von Kindesmißhandlung oder für die Möglichkeit, der Polizei Tips zu geben ohne sich zu erkennen geben zu müssen.

### Die erhofften Vorteile treten nicht ein

Die Kritiker behaupten, daß die Vorteile nicht wie erhofft realisiert werden können, weil:

1. Die Weitergabe der Nummer die Zahl der unerwünschten Anrufe erhöht und nicht vermindert, weil zwar einige unerwünschte Anrufe wegfallen, dafür aber andere Anrufe durch die leichtere Verfügbarkeit der Nummer häufiger werden.
2. Die Anzeige der Nummer den Charakter der Störung des Anrufes nicht wirklich entschärft: wenn er/sie hingehört, ist eine Störung

schon eingetreten, außerdem ist es oft schwierig, schnell genug zu erkennen, wer gerade anruft und danach rechtzeitig zu entscheiden, den Anruf entgegennehmen zu wollen, bevor der Anrufer aufgibt. Die Folge für Besitzer von einfachen Telefonen mit bloßer Anzeige der Telefonnummer wird deshalb sein, daß sie genau wie früher gleich abheben, wenn das Telefon klingelt.

3. Die meisten Vorteile können auch ohne explizite Weitergabe der Rufnummer erreicht werden: Die Leute könnten mehr Anrufe durch Maschinen "beantworten" lassen, wenn sie sich nicht stören lassen wollen. Wenn die Telefongesellschaft die Rufnummern weitergeben kann, kann sie erst recht bei Bedarf im Fall von anonymen Anrufen herausfinden. Auf ähnliche Weise sollte auch der Dienst "Rufe den letzten Anrufer zurück" ohne Weitergabe der Nummer möglich sein. Die Kritiker führen weiter an, daß die stärksten Verfechter der Rufnummernweitergabe handfeste eigene Interessen daran haben und weniger auf den Schutz der BürgerInnen vor unerwünschten Anrufen bedacht sind: es sind Firmen, die Telefonnummern von möglichen Adressaten ihrer Telefonkampagnen sammeln. D.h. sie möchten möglichst viele potentiell KundInnen direkt anrufen können, um ihnen Angebote ihrer Firma am Telefon machen zu können, eine Form der Verkaufsförderung, die in der BRD noch in den Kinderschuhen steckt.

### Heiße Diskussionen in den Vereinigten Staaten

Wie heiß die Diskussion in den USA derzeit ist, wird deutlich durch das Engagement der Medien in dieser Kontroverse. Eine kritische Talkshow von ABC "Nightline" und ein Artikel in der New York Times haben sich schon mit den Themen befaßt. Auch die Telefongesellschaften mußten ihre Dienste der wachsenden Kritik der BürgerInnen und deren Organisationen anpassen: In Kalifornien zum Beispiel wird eine Option zur Verhinderung der Weitergabe der eigenen Nummer angeboten, in Pennsylvania gibt es



ebenfalls diese Möglichkeit, dort ist sie allerdings auf eine bestimmte gefährdete Personengruppe beschränkt. Es gibt inzwischen auch Bestrebungen, die Möglichkeit der Blockierung der Rufnummernweitergabe für alle Bürger/innen der USA zu schaffen.

Telefonkarten, die in jeden Apparat passen und die Anrufe sozusagen "mitziehen", sind genau der falsche mögliche Weg, das Telefonsystem weiterzuentwickeln (ähnlich falsch wie die Idee, daß jede/jeder demnächst mit einem tragbaren Telefon unterwegs ist und überall und jederzeit erreichbar ist bzw. noch schlimmer, aus beruflichen Zwängen heraus sein muß!). Denn diese Karten beeinträchtigen die Privatsphäre insofern, weil die Möglichkeit, eine solche Karte ständig mitzunehmen und auch einzusetzen, leicht in den Zwang umschlagen kann, sie einsetzen zu müssen. Gegenwärtig ist die Privatsphäre schon allein dadurch in gewisser Weise geschützt, als die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit schwerer zu realisieren ist.

Die generelle Frage in diesem Streit ist nicht, ob das Interesse, seine Rufnummer vor dem Zugriff anderer zu schützen, höher einzustufen ist als das Interesse der Angerufenen, sofort zu erfahren, wer da versucht, Kontakt aufzunehmen. Die Frage ist eher, ob die finanziellen und vor allem die sozialen Kosten für diesen Dienst für die Allgemeinheit nicht den Nutzen für die Geschäftswelt bei weitem übersteigen.

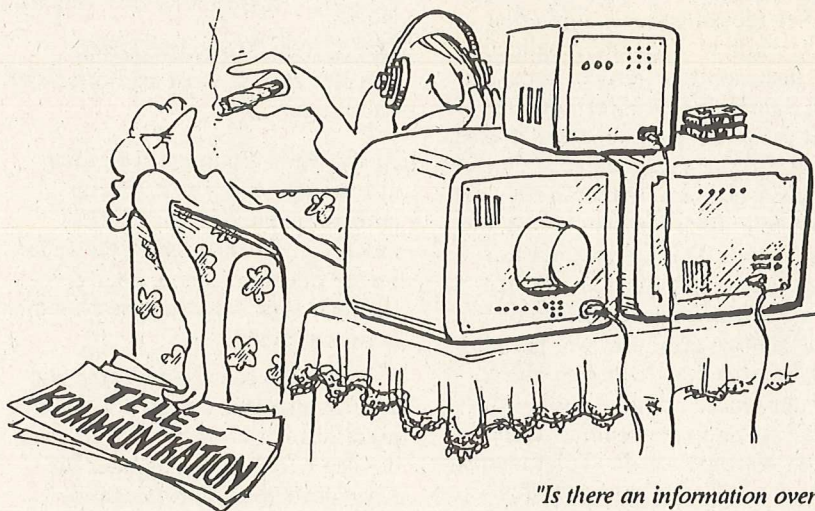
Vermutlich werden viele diesen Dienst aus dem naiven Glauben heraus begrüßen, er würde sie tatsächlich vor unerwünschten Anrufen schützen, während er genau dies nicht leistet und sie erkennen müssen, daß dafür eine Menge Geld verschwendet wurde (in den USA müssen die BürgerInnen diesen Dienst "Anzeige der Rufnummer" explizit in Anspruch nehmen und dafür bezahlen, während die ISDN Planung der Bundespost Telekom diese Möglichkeit automatisch bereitstellt).

## Neues von der TelekommunikATION

Die "Initiativen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" traf sich vom 29. Juni bis zum 1. Juli zu einem Seminar in der Friedenskirche in Heidelberg. IKÖ-Leute, SozialhilfeempfängerInnen, Grünalternative, Nichtvolksgezählte und vor allem die Heidelberger TelekommunikationsAkteure sowie weitere TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet gestalteten das Semi-

nar gut bestellt, so daß Staatsanwälte in Berlin und einigen anderen Städten mehr ihrem Selbsterhaltungs- bzw. Selbstbeschäftigungstrieb folgen als der weisen Erkenntnis, daß es der Verfolgung der Demokratiepietäre genug ist, wo doch die Statistiker mit ihrem 99%-Zählungs-Erfolg ganz zufrieden sind. Mittlerweile warten die Kommunen sehnlich darauf, daß das gute Zahlenmaterial an sie zurückgegeben wird.

Auch das FIFF sollte mit Briefen und Unterschriftenlisten gegen diesen Unrechtszustand rebellieren. Als Adressat haben sich die Verfolgten z. T. den Bundesrat ausgeguckt, um eine Amnestie zu erwirken. Bundespräsident und Bundestag wären aber auch nicht schlecht,



*"Is there an information overload?!"*

(Wukasch, aus "Computer sind auch Menschen", Verlag Rudolf Müller)

nar und nahmen engagiert an den Diskussionen teil. Hervorragende Referate gab es zu den Themen "Projekt Sozialhilfe Automation in Hamburg" und "Der neue Sozialversicherungsausweis". Diskutiert wurden ebenfalls die Themen "Regionale Rechenzentren", "Telekarten" und "Strafverfolgung Nichtvolksgezahlter in Berlin und anderswo". Und das war noch nicht das ganze Programm des zweiten und dritten Tages.

Als "Altlasten"-Problem wurde die in einigen Städten noch zahlreich und hart durchgeführte Strafverfolgung der Volkszählungsboykotteure/Sen bezeichnet. Offensichtlich ist es mit der zur Jurausbildung geforderten Allgemeinbildung nicht

oder?

Telekarten sind im Kommen. Die Chipkartenproduktion wird vermutlich absichtlich zeitweise lahmgelegt, um die KartentelefonbenutzerInnen zum Umsteigen auf die persönlichen Telekarten zu zwingen. In Zukunft werden diese Karten, die die Abrechnung von Telefonhäuschengesprächen über die eigene Telefonrechnung ermöglichen, wahrscheinlich auch ISDN-Nebenstellenanlagenbenutzern aufgezwungen, und zwar dann, wenn sie persönliche Gespräche über eine solche Nebenstellenanlage führen wollen. Problematisch ist vor allem die massenhafte Datenerfassung über alle Gespräche mit Telekarte, da diese einzeln in der Telefonrechnung auf-



geführt werden sollen. Ein anonymes Telefonieren vom Telefonhäuschen wird denn auch spätestens mit der flächendeckenden Einführung von ISDN unmöglich werden. Das wäre das Aus für die Telefonseelsorge und andere soziale Einrichtungen. Aber nicht nur die in Seelen- und Sozialnöten Befindlichen betrifft das, auch Otilie Normalverbraucher wird sich nicht mehr anonym bei verkaufsoffenen Firmen unverbindlich über deren Angebote informieren können. Und der Verlust der Karte wird Otilie recht teuer zu stehen kommen. Als Aktion gegen diese Entwicklung wurde in Heidelberg das Auslegen von Flugblättern in den Telefonzellen und zu den Tagen der offenen Tür der Fernmeldeämter initiiert.

Die durch-und-durch-Rationalisierung der kommunalen Sozialämter steht im ganzen Bundesgebiet bevor. PROSOZ aus Bremen ist offensiv im Vormarsch, in verschiedenen Städten, z.B. Ffm sind bereits erste Schulungen für das Programmpaket geplant. Hamburg, im Clinch mit Bremen bezüglich kommunaler EDV, geht mit PROSA seinen eigenen, noch bedenklicheren Weg. Im Schnellverfahren wird dort von EDV-Experten nur mit der Beteiligung der künftigen Anwender, nicht aber der Sozialamtsklientel, das "Projekt Sozialhilfe Automation" durchgezogen. Ebenso schnell sollen die Sozialamtsmitarbeiter geschult (10 Tage statt wie für PROSOZ 25 Tage) oder aber gefeuert (Abbau von 200 Stellen im überlasteten Sozialamt ist anvisiert). Der Stellenabbau ist nicht der einzige Spar-effekt von PROSA:

Künftig wird der Computer Vorschläge für die Leistungsbewilligung machen. Die überlasteten Beamten werden sich dann das letzte noch mögliche Nachdenken über die einzelnen "Fälle" sparen können und per Return-taste diese Niedrigstleistungen bestätigen.

Massenhafte Datenspeicherung über Sozialhilfeberechtigte und deren Angehörige sind wie immer außerdem ein nicht zu vernachlässigendes Problem dieser Neuentwicklungen.

Das FIFF, vor allem die Regionalgruppen sind nun gefordert, sich bei den örtlichen Sozialämtern schlau zu machen über die Einführung von PROSA; PROSOZ und ähnlichen Produkten und vor Ort mit den Verantwortlichen die Probleme zu diskutieren. Schließlich gehen die negativen Folgen dieser Entwicklungen ausschließlich zulasten der schwächsten Glieder der Gesellschaft.

Eine hervorragende Informationsschrift über PROSA bekommt Ihr für DM 3,- plus 100g-Briefporto (z. Zt. DM 2,40) bei der

GAL, z.H. Angelo Wehrli  
Bahrenfelder Straße 244  
2000 Hamburg 50

Eine Schrift über PROSOZ wird wahrscheinlich bald folgen.

Das Thema Sozialhilfeausweis wird wohl noch zum FIFF-Thema werden, soweit nämlich die auf dem Ausweis vermerkte Rentenversicherungsnummer zum universellen Erfassungsschlüssel für Personen in allen möglichen Ämtern werden könnte. Ist Datenschutz zwischen den Ämtern dann noch möglich? Weiterer Kritikpunkt des in seiner Kritik unsicher erscheinenden Referenten war die Diskriminierung einzelner Berufsgruppen und von Sozialleistungsempfängern mithilfe des Ausweises, der von Sozialämtern einbehalten werden kann und der für Bauarbeiter, Reinigungsfachkräfte und andere mit Bild versehen wird (2.-Klasse-Ausweis mit Mitführungspflicht).

Abschließend sei betont, daß die Organisation durch die Heidelberger Veranstalter dankenswert gut war.

(Uwe Kulick)

Kontaktadresse für die "Informationen gegen die Computerisierung der Gesellschaft" zur Bestellung von Informationen und Materialien von Seminarprotokollen:

TelekommunikAKTION  
c/o CONTRASTE  
Postfach 104520  
6900 Heidelberg 1

## Computer-Frauen-Netzwerk

### Eine Initiative stellt sich vor

Ende Oktober 1990 soll die Gründungsversammlung für unser Netzwerk sein. Wir stellen uns einen Berufsverband oder Verein vor (Spenden und Beiträge sollten steuerabzugsfähig sein; um die entsprechenden Informationen bemühen wir uns gerade). Das Netzwerk soll dazu dienen, die speziellen Interessen der in der EDV tätigen Frauen zu vertreten, insbesondere, wenn sie Kinder haben/wollen, ohne ihren Beruf aufzugeben. Das Netzwerk ist zunächst auf den Großraum München beschränkt. Wir werden unsere Erfahrungen aber gern an andere weitergeben.

Um unsere Interessen entsprechend zu vertreten, planen wir

- einen monatlichen Stammtisch zum Informationsaustausch und zur Pflege der Kontakte,
- ein immer auf dem neuesten Stand gehaltenes Informationsblatt mit allgemeinen Tips, die wir einander weitergeben möchten,
- ein ebenfalls auf dem neuesten Stand gehaltenes Informationsblatt für Firmen, das über uns und unsere Vorzüge informiert.

Wir haben

- die Absicht, wenn wir uns etwas etabliert haben, per Anzeige weitere Frauen anzusprechen und - sehr wichtig - Firmen auf uns aufmerksam zu machen,
- die Absicht, Artikel über uns in verschiedenen Fachzeitschriften und in der Süddeutschen Zeitung zu veröffentlichen,
- eine Kartei, die auf dem neuesten Stand gehalten werden soll und über die wir eine Kontaktaufnahme zwischen Frauen zur Verbesserung der persönlichen



und beruflichen Situation ermöglichen wollen; betont werden muß dabei, daß wir keine Stellenvermittlung betreiben (dürfen),

- eine Kartei von Firmen, die frauenfreundliche Maßnahmen ergriffen haben (spezielle Förderung bei Einstellung und Fortbildung, Frauenbeauftragte, verlängerte Kindererziehungszeiten, Teilzeitstellen!!!, Betriebskindergarten und Hort u.a.); einmal jährlich soll eine Liste als Ansporn für andere veröffentlicht werden.

Wir gehen davon aus, daß das Potential zur Zeit (unfreiwillig!) nicht berufstätiger hochqualifizierter Mütter in München sehr hoch ist, obwohl EDV-Fachkräfte dringend gesucht werden. Es müßten sich doch auch zahlreiche Firmen dafür interessieren lassen ("300 Jahre EDV-Erfahrung liegen in München brach - es lohnt sich, sie zu aktivieren").

Sollten sich in einzelnen Stadtvierteln genügend Mütter zusammenfinden, könnten sie sich auch gegenseitig bei der Kinderbetreuung unterstützen, generell kann dies das Netzwerk allerdings nicht leisten. Wir können uns aber gemeinsam für mehr Betriebskindergärten und -horte einsetzen, gemeinsame Inserate für Haushaltshilfen/Tagesmütter aufgeben u.a.

Die Idee zu dem Netzwerk entstand durch Gespräche zwischen Frauen der Münchner Lokalgruppe der GI-Fachgruppe Frauen und Frauen des Ingenieurinnenstammtischs. Wir rechnen damit, daß das Netzwerk frühestens im Sommer 1991 voll funktionsfähig ist. Männer, die wegen Kinderbetreuung teilzeitbeschäftigt sind oder sein wollen, sind uns ebenfalls willkommen.

Die Idee wollen wir Ende Oktober in einer Gründungsversammlung auf feste Beine stellen. Dann muß auch die Finanzierung geklärt werden und die Rechtsform. Vielleicht melden sich auch bis dahin ein paar Frauen, die sich mit solchen Fragen gut auskennen. Ort und Zeit werden wir rechtzeitig an alle weitergeben, die sich bis dahin bei einer der

beiden unten genannten Frauen gemeldet haben.

Susanne Daniels-Herold  
Eslarner Str. 9  
8000 München 90  
Tel. (089) 684234

Monika Pollwein  
Herzog-Heinrich-Str. 32  
8000 München 2  
Tel. (089) 531435

## Datenschutz "drüben"

Auszug aus "Neue Verfassung der DDR", Entwurf des Zentralen Rundentisches Berlin-Niederschönhausen vom 4. April 1990:

### Artikel 8

- (1) Jeder hat Anspruch auf Achtung und Schutz seiner Persönlichkeit und Privatheit.
- (2) Jeder hat das Recht an seinen persönlichen Daten und auf Einsicht in ihn betreffende Akten und Dateien. Ohne freiwillige und ausdrückliche Zustimmung des Berechtigten dürfen persönliche Daten nicht erhoben, gespeichert, verwendet, verarbeitet oder weitergegeben werden. Beschränkungen dieses Rechtes bedürfen des Gesetzes und müssen dem Berechtigten zur Kenntnis gebracht werden.

### Artikel 35

- (2) Bürgerbewegungen, deren Tätigkeit sich auf den Bereich eines Landes oder des Bundes erstreckt, haben das Recht des Vorbringens und der sachlichen Behandlung ihrer Anliegen in den zuständigen Ausschüssen der Volkskammer oder der Landtage. Sie haben, soweit die Persönlichkeit und die Privatheit Dritter nicht verletzt werden, nach Abwägung entgegenstehender öffentlicher Interessen Anspruch auf Zugang zu den Trägern öffentlicher Verwaltung vorhandenen Informationen, die ihre Anliegen betreffen.

## FRAUEN COMPUTER SCHULE

Weil Frauen  
am meisten  
von Frauen  
lernen ...

... bietet die Frauen-Computer-Schule München ab September 1990 allen Frauen die EDV-Kurse an, die sie sich wünschen und leisten können!

Zum Beispiel: 20 (volle!) Unterrichtsstunden für 300,- DM inklusive Augenentspannung und Körperbewegung (vermittelt von einer Heilpraktikerin)!

Die Referentinnen - Computerfachfrauen und Pädagoginnen - der Frauen-Computer-Schule bieten alles - von DOS bis KI, und bis zum spielerisch-effektiven Arbeiten mit dem Macintosh.

Und warum nur für Frauen? Ganz einfach: weil es

- in München rund 100 Anbieter gibt - die männer-orientiert sind,
- Frauen am meisten von der EDV-Einführung betroffen sind,
- Frauen aufgrund ihrer Erziehung weniger "technikfreundlich" eingestellt sind, und
- weil Frauen wissen wollen, warum etwas wann wie und mit welchen Konsequenzen geschieht.

Also: nicht das "männliche" Versuchs- und Irrtums-Prinzip dominiert (à la Atomkraft ja, Tschernobyl nein), sondern das verantwortungsbewußte Herangehen an die Ausschöpfung technischer Möglichkeiten.

Wir wollen nicht, daß die Technik uns regiert, sondern daß die Technik uns - allen - dient.

Die Frauen-Computer-Schule versteht sich deshalb als eine emanzipatorische Einrichtung im



umfassenden Sinn, will über die Bedienerinnen-"qualifikation" hinaus und zu einem kritischen Umgang mit dem Einsatz neuer Technologien befähigen, weshalb fast alle Kurse sogenannte "Ergonomie-Einheiten" enthalten.

**Ergonomie** ist die Wissenschaft von der Anpassung der Technik an den Menschen, und die wird nicht nur theoretisch diskutiert, sondern auch praktisch überprüft.

Die **Frauen-Computer-Schule** ist eine Ein-Frau-Personengesellschaft, arbeitet mit 13 Referentinnen zusammen, wird über die Öko-Bank finanziert, bietet Hard- und Software-Beratungen, Inhouse-Schulungen (für Frauen und Männer), Existenzgründungsinformationen - und sucht die Kooperation mit allen Unternehmen/Projekten, die die Interessen von Frauen vertreten.

Das ausführliche **Kursprogramm** der **Frauen-Computer-Schule** kann unter folgender Adresse angefordert werden:

Frauen-Computer-Schule  
Volkartstr. 23  
8000 München 19  
Tel. (089) 165069

## Zusammenarbeit mit anderen

Auf der Tagung des Fachbereichs 8 "Informatik und Gesellschaft" der Gesellschaft für Informatik (GI) in Ulm, die im Juni stattfand und sich mit dem Zukunftskonzept Informationstechnik der Bundesregierung auseinandersetzte, war die Beteiligung von FIFF-Mitgliedern außerordentlich hoch. Es konnten Kontakte zu KollegInnen aus der DDR geknüpft werden. Ein Nachbereitungsworkshop zu dieser Tagung fand am 17. September 1990 in Berlin (DDR) statt. Vom 28. bis 31. November 1990 wird in Suhl/Thüringen eine Fachtagung mit dem Thema "Computer und Gesellschaft" stattfinden, die u.a. von den GIs der DDR und der BRD veranstaltet wird (siehe unter **TERMINE**).

# MEDIEN-SPIEGEL

## Im Netz gefangen

*(Zusammenfassung eines Interviews zum Thema Datenschutz bei ISDN mit Fragen an Karl-Heinz Mechtel, Fachbereichsleiter der Telekom gestellt von Susanne Düwel, erschienen in der Süddeutschen Zeitung am 26. Juli 1990)*

Auf die Frage, ob das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung durch Speicherung der Verbindungsdaten bei ISDN tangiert sei, meinte Mechtel zunächst, daß die Speicherung schon allein deshalb unbedingt nötig sei, weil "wir ISDN nicht anders abrechnen können". Nach entsprechenden Nachfragen stellte sich heraus, daß die Abrechnung sehr wohl auch ohne diese Speicherung möglich wäre, "dann würden (aber) immense Kosten entstehen", es stehen also rein wirtschaftliche Überlegungen hinter dieser Speicherlösung.

Mechtelt stellte klar, daß die Daten nur dann bis zu 80 Tage aufbewahrt werden sollen, wenn der "A-Teilnehmer", also der Anrufer, dies ausdrücklich wünscht. Dieser könne auch verlangen, daß die Daten sofort nach Gebührenerhebung gelöscht werden sollen, was dann auch geschehen würde.

Auf die Frage nach dem Schutzbedürfnis des Angerufenen, also des B-Teilnehmers, meinte der Telekom-Fachbereichsleiter, daß dieses Schutzbedürfnis "denkbar gering" sei und daß eine Liste über die ihn erreichenden Anrufe gar nicht erstellt werden könne, weil die dafür nötige Software nicht vorhanden sei und auch nicht angeschafft würde.

Auf den Vorwurf, daß die Speicherung der Zielnummer nicht zu rechtfertigen sei, weil sie in der Telekom-Ordnung (TKO) gar nicht erwähnt sei, räumte Mechtel den Schwachpunkt in der TKO ein,

meinte aber, daß dieser Mangel bis zur neuen Rechtsverordnung der Bundesregierung zum 30. Juni 1991 hinnehmbar sei. Zum Vorwurf des Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie "das in Artikel 13 des Datenschutzgesetzes verbriefte Auskunftsrecht (würde) mißachtet", antwortete Mechtel: "Diese IKÖ Aktion hat viele Menschen veranlaßt, bei uns Auskunft über die Speicherung der Zielnummer einzufordern. Außerdem verlangen sie die Löschung ihrer Nummern. Den Auskunftsanspruch müssen wir ernst nehmen. Wir konnten die Auskunft aber nicht erteilen, weil es kein Programm gibt, das es uns ermöglicht, die Zielnummern getrennt zu ermitteln. Wenn wir ein solches Programm hätten, würden wir den Datenschutz wirklich ad absurdum führen."

## Bürger drohen mit Prozeß

### Post verweigert Auskunft über gespeicherte Daten

Seit einiger Zeit versuchen Mitglieder des Instituts für Kommunikationsökologie, IKÖ, bei der Bundespost Auskunft über die Speicherung ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten. Gleichzeitig wollen sie verhindern, daß ihre Rufnummern als Zielnummern von ISDN-Anrufen gesammelt werden. Die Fernmeldeämter waren bisher lediglich bereit, Bestandsdaten wie Namen, Anschrift, installierte Telefone und ähnliches herauszurücken, die den Antragstellern in der Regel bekannt sein dürften. Eine Auskunft über die Weitergabe der Teilnehmernummer als Zielnummer eines Anrufs lehnte die Post ab: "Auskünfte darüber, in welchen Gebührendatensätzen Ihre Rufnummer gegebenenfalls als Zielrufnummer enthalten ist, sind wegen des zweckbestimmten Aufbaus der Datei nicht möglich", lautet die amtsdeutsche



Umschreibung der Auskunftsverweigerung.

## Unterstützung durch Alfred Einwag

Einige EmpfängerInnen des Briefes wandten sich an den Bundesdatenschutzbeauftragten Alfred Einwag, um zu erfahren, ob dieses Verfahren der Post rechtens sei.

Dieser befindet sich schon länger im Clinch mit der Bundespost wegen deren Weigerung, seine Bedenken in puncto Datenschutz bei ISDN Rechnung zu tragen. Entsprechend fiel seine Antwort aus: "Wenn Daten über Ihren (analogen) Telefonanschluß als Ziel eines von einem ISDN-Anschluß ausgehenden Gesprächs gespeichert wurden, ist Ihnen hierüber grundsätzlich Auskunft zu erteilen". Ein solcher Anspruch finde jedoch dort seine Grenze, wo er den Schutz des Anrufenden aus dem Fernmeldegeheimnis berühre.

Einwag wies auch die Begründung der Fernmeldeämter zurück, daß derzeit keine EDV-Programme vorlägen, die eine Sortierung der Verbindungsdatensätze nach Zielrufnummern gestatteten. "Für die datenschutzrechtliche Beurteilung ist der für eine Auskunftserteilung zu betreibende technisch-organisatorische Aufwand grundsätzlich unerheblich", stelle Einwag klar. Er regte nochmals an, die Nummern, wenn überhaupt, dann nur verkürzt zu speichern, um so den Datenschutzbedürfnissen der Bürger wieder gerecht zu werden.

Ein erstes Auskunftersuchen wurde von der Post abgelehnt. Die Betroffenen haken daraufhin nach und verlangten Auskunft darüber, von welchen Ortsnetzen aus und mit welcher Dauer ihre Telefonnummern gespeichert wurden. Auf eine Nennung verzichteten sie aus datenschutzrechtlichen Überlegungen. Da dieser Widerspruch von der zuständigen Oberpostdirektion als "zulässig, jedoch nicht begründet" zurückgewiesen wurde, steht nun der Gang vor die Gerichte an.

(Nachdruck aus der "Computer-Zeitung" vom 11. Juni 1990)

## Teamsoftware als kleiner Großer Bruder

Um das Arbeiten mit vernetzten PC's noch effektiver zu machen, setzen Unternehmen vermehrt spezielle Software ein, sogenannte Teamsoftware. Das Arbeiten mit Hilfe dieser Software wird dann als "Workgroup Computing" bezeichnet und soll möglichst viele anfallende Tätigkeiten für Gruppen und Teams unterstützen. Dazu zählt die sogenannte Organisationssoftware wie Urlaubsplaner, Terminplaner, Zeitplaner für laufende Projekte, elektronische Fächer, elektronische schwarze Bretter, elektronische Post und ähnliches mehr. Integriert sind auch Kommunikationsdienste nach draußen über Telefon und andere Netze. Wesentliches Ziel ist die Unterstützung des gemeinschaftlichen Arbeitens an Dokumenten, wobei das alte Problem der gefährdeten Datenintegrität bei verteilten Dokumenten wieder auftaucht.

Neben der Gefahr, daß solche Software einer Organisation oder Gruppe von oben aufgestülpt wird und vielleicht gar nicht passt, nicht akzeptiert wird oder durch Verweigerungshaltung ins Leere läuft, gibt es auch noch gravierendere Risiken: Durch Protokollierung von Ressourcenausnutzung (Drucker) über Erfassung von Auslastungsgraden ganzer Gruppen bis hin zum minutiösen Erfassen des gesamten Arbeitstages der MitarbeiterInnen werden ArbeitnehmerInnenrechte stark gefährdet. Auf dem Markt befinden sich zum Beispiel die Produkte LOTUS NOTES und SYZYGY, wobei letzteres die weitaus gefährlicheren Überwachungsfunktionen bietet und deshalb in vielen Fällen schon vor der Einführung am Einspruch des Betriebsrates scheitern dürfte. Mit dem Vordringen solcher Groupsoftware-Programme scheinen also neue Konflikte zwischen Unternehmen und Angestellten unausweichlich zu sein.

(Zusammenfassung des Artikels "Wenn der große Bruder an der Tür klopft" aus der Süddeutschen Zeitung vom 21. Juni 1990)



(Hanspeter Wyss, aus "Die Wahrheit über Computer", RORORO 12319)





# Der Fall des Philipp S.

## Aus dem Büro

Damit das FIFF lebensfähig bleibt, braucht es auch die Beiträge der Mitglieder. Doch leider haben trotz Erinnerung für das laufende Jahr bisher fast ein Fünftel der FIFF-Mitglieder ihre Beiträge noch nicht überwiesen. Damit stehen etwa zehn Prozent der Einnahmen aus Beiträgen noch aus. Die Säumigkeit weniger sollte aber weder Grund für eine Anhebung des Beitrages aller sein, noch sollten daran FIFF KOMMUNIKATION und Buchprojekte scheitern müssen.

Deshalb die Aufforderung an alle "Säumigen", ihre Zahlungen für das Jahr 1990 - aber auch davor - noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls nachzuzahlen. Erinnerungsaktionen werden wir - im Gegensatz zu den dreien im letzten Jahr - diesmal aus Kostengründen keine mehr durchführen. Vor allem solche Mitglieder, die weder 1989 noch 1990 Beiträge bezahlt haben, sollten noch einmal in sich gehen: uns bleibt nichts anderes übrig, als sie zum Ende des Jahres aus dem Verteiler zu nehmen, wenn bis dahin keine Zahlung eingegangen ist.

Wer ganz sichergehen will, daß in Zukunft seine/ihre Beiträge auch wirklich pünktlich dem FIFF zu Gute kommen, sollte die im **VIELZWECK-SCHNIPSEL** enthaltene Einzugsermächtigung ausgefüllt ans Büro schicken.

Außerdem möchten wir alle ehemaligen StudentInnen daran erinnern, daß sich ihr Beitrag mit dem Beginn der Berufstätigkeit auf mindestens sechzig Mark erhöht. Für diejenigen, die per Lastschrift abbuchen lassen, bedeutet dies, uns über den höheren Betrag eine neue Einzugsermächtigung auszustellen.

Mit FIFFigen Grüßen

Ute, Ingo und Helga

**Wegen eines unbestätigten Verdachtes jahrelang im Datenspeicher der Behörden gefangen.**

**Alle Verfahren gegen WAA- und Volkszählungsgegner eingestellt - doch die Behörden jonglieren mit "Restverdacht"**

Inzwischen weiß es Philipp S. schon vorher. Beim Grenzübergang muß der 23jährige Student damit rechnen, daß er aus der Schlange gewunken, sein Ausweis lange überprüft wird und er den Kofferraum seines Wagens öffnen muß. Eine halbe Stunde dauert diese Prozedur. Seit vor zwei Jahren die Grenzpolizei in Rudolphstein in seinem Auto angeblich Broschüren fand, die nach Ansicht der Beamten von den "Revolutionären Zellen" (RZ) stammen könnten, ist er das "Objekt der Begierde" des staatlichen Überwachungsapparats. Ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der RZ wurde längst eingestellt. Drei Monate wurde sein Telefon "ergebnislos überwacht", stellte sich bei der Verhandlung vor dem Bayerischen Obersten Landgericht heraus. Die Daten des Philipp S. bleiben dennoch in den Polizeicomputern. Lebenslang?

Um endlich zu wissen, wie eng das Datennetz sich schon um ihn zusammengezogen hat, schaltete sich Philipp S. Rechtsanwalt Hartmut Wächter ein. Dieser beantragte beim Bayerischen Landeskriminalamt (LKA) die Löschung der Daten aus der erkennungsdienstlichen Behandlung sowie Auskunft darüber, an welche Dienststellen und Behörden die Daten weitergegeben wurden. Anstelle Auskunft zu erteilen, verlangt das LKA erstmal 60 DM Gebühr für die "Amtshandlung". Zwei Monate später ließen sich die Herren dazu herab, zu antworten: Die "Angelegenheit (sei) zuständigkeitshalber an das Bundeskriminalamt weitergeleitet" worden.

## Ein "potentiell Verdächtiger"

Das BKA freilich will mit der Geschichte nichts zu tun haben. Für den Antrag auf Auskunft und Löschung der Daten seien doch die Bayern zuständig, teilen die Wiesbadener dem Anwalt mit. Die jedoch lassen fünf grade sein und den Antrag verstauben. Erst als der Anwalt mit einer "Untätigkeitsklage" droht, bekommt er einen Ablehnungsbescheid. Dazu hat die Behörde immerhin fast ein Jahr gebraucht. Jetzt erst kann Philipp S. vor Gericht klagen.

"Bei der Speicherung dieser Daten handelt es sich um einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung", argumentiert Anwalt Wächter vor dem Verwaltungsgericht. Die Polizeibehörden können damit nichts anfangen. Für sie ist Philipp S. ein "potentiell Verdächtiger" dessen Daten sie nicht mehr hergeben wollen. Wie sonst sollte das alte Motto aus dem Kultfilm *Casablanca* "Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen" noch funktionieren? Nach wie vor bestehe ein "Restverdacht", beharrt die Polizei. Außerdem zeige die "kriminalistische Erfahrung", daß "politisch motivierte Straftäter Wiederholungstäter" seien. Das Persönlichkeitsrecht von Philipp S. werde nicht eingeschränkt. Seine Daten würden ja nicht "an die Öffentlichkeit weitergegeben", so die Begründung. Ihren "Restverdacht" bezieht die Polizei auch aus weiteren, eingestellten Verfahren gegen den WAA-Gegner Philipp S. Das bayrische "WAAhnsinnsprojekt" ist zwar längst passé, der Widerstand dagegen stempelt Bürger immer noch zu Kriminellen.



## Wackersdorfer Folgen

An der zweiten Platzbesetzung in Wackersdorf nahm Philipp S. teil. Er verließ nicht gleich bei der ersten Aufforderung der Polizei das Hüttendorf. Ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung stellte die Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit ein. Der Widerstand gegen die Oberpfälzer Atom Müllfabrik dauerte an. Und so erwischte es Philipp S. ein zweites Mal. Diesmal ging es um Landfriedensbruch. Philipp S. war einer der 273 Atomkraftgegner im Zeltlager in Hofenstetten. Morgens um sechs überfiel die Polizei die Schlafenden und nahm sie in Vorbeugehaft. Grund: Unter den Festgenommenen sei einer, der tags zuvor angeblich ein ZDF-Fernsehteam mit Steinen beworfen hätte. Unhaltbare Vorwürfe, das Verfahren gegen Philipp S. wurde wiederum eingestellt.

Als nächsten Trumpf und Argument für die Datenspeicherung zog die Polizeibehörde ein Verfahren wegen "Sachbeschädigung" aus dem Ärmel: Philipp S. hatte nämlich vom Münchener Rathausurm Flugblätter gegen die Volkszählung geworfen. Darin wurde zum Boykott durch Abschneiden der Kennziffern auf den Volkszählungsbögen aufgerufen. Daß auch dieses Verfahren eingestellt und Philipp S. also nicht vorbestraft ist, interessiert die Ordnungshüter herzlich wenig. Wenn es nach Ihnen geht, bleibt Philipp S. im Polizeicomputer. Inzwischen muß er sich auch noch gegen den Verfassungsschutz wehren. Der nämlich wollte ihn als Spitzel anwerben. "Das ist wohl die unangenehmste Lage für Gerichte" zuckt der Verwaltungsrichter mit den Achseln.

## Achselzuckende Richter

In Bayern, so das Gericht, bestehen nämlich immer noch keine rechtlichen Grundlagen für die Sammlung von Daten. Einen Tag vor diesem richterlichen Stoßseufzer peitschte jedoch die CSU-Regierung eine Verschärfung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes durch, um die Sammelwut der Behörden zu

legalisieren. Für die Richter ein Grund die Verhandlung auszusetzen. Erst nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung im Oktober wollen sich die Richter erneut den Kopf über den "Fall Philipp S." zerbrechen. Bis dahin jedoch kann es Philipp S. aufgrund der bayerischen Besonderheiten passieren, daß er zwei Wochen im Knast verschwindet. Dazu genügt, daß er vor einer Demo in eine Polizeikontrolle gerät und seine Daten ihn als "Störer" ausweisen, der ohne weiteres in "Unterbindungsgewahrsam"

geschleppt werden kann. Zu seinem Recht auf Auskunft wird Philipp S. bis auf weiteres nicht kommen. Noch kurz vor Ende der Legislaturperiode verabschiedete die CSU ein neues Verfassungsschutzgesetz: "Ein Auskunftsrecht über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht", heißt es dort in Art. 11 unter der Überschrift "Auskunftserteilung".

(Nachdruck aus der "taz" vom 2. August 1990)



Passanten  
Autofahrer  
Hausbesitzer  
U-Bahn-Fahrer  
Demonstranten  
Mann, Totschlag

# VERFASSUNGSSTAAT

Hausfrau, Ladendiebstahl  
80 Jahre, Prostitution  
Mann, 25 Jahre, Nacktbaden  
Embryo, ungeboren, straffällig  
Kind, 5 Jahre, Mißhandlung von Minderjährigen  
Mann, 81 Jahre, Vorbereitung eines...

(Stefan Parpart, aus "Die Sicherheitsgesetze", buntbuch-Verlag, Wettbewerb der Humanistischen Union zum Thema "Der Überwachungsstaat")



# BDSG-Novelle in der Kritik

Gemeinsame Stellungnahme zur Novellierung des BDSG von:

Deutsche Vereinigung für Datenschutz;  
Cilip, Informationsdienst Bürgerrechte und Polizei;  
Humanistische Union;  
IKÖ (Institut für Informations- und Kommunikationsökologie);  
Dr. Bernd Asbrock (Sprecher der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV)

Der Datenschutz ist in der zunehmend von Informationsverarbeitung abhängigen Gesellschaft ein wichtiger Gradmesser der persönlichen und politischen Freiheit des Bürgers und der Bürgerin. Die Erfahrungen in der DDR zeigen sehr anschaulich, wie wichtig ein Schutz gegen staatliche Ausforschung für die Gewährleistung der persönlichen Freiheit und der Demokratie in einer Gesellschaft ist. Die Wirksamkeit des Datenschutzes ist nicht zuletzt davon abhängig, inwieweit es gelingt, die neuen, vielfältig technisch bedingten Risiken zu vermeiden.

Auch nach der Einigung der Koalitionsfraktionen bleibt der neue Entwurf zur Novellierung des BDSG weit hinter dem Stand der Entwicklung der Informationstechnik zurück. Zentrale Probleme des Datenschutzes, verursacht durch rasante Weiterentwicklung dieser, werden durch die Novellierung nicht gelöst, sondern sogar ausgeklammert:

- Datenschutz und Datensicherung bei den immer vielfältigere PC-Anwendungen
- Datenschutz und Datensicherung in Computernetzen
- Schranken für die Vernetzung von Computern und Online-Zugriff auf Daten
- Gewährleistung des Datenschutzes bei grenzüberschreitenden Datenverkehr.

Erforderliche konzeptionelle Veränderung des Datenschutzes durch

die Aufnahme von Informationszugangsrechten (Freedom of information) und ein Verbandsklagerecht sind nicht aufgenommen worden.

Bei dem jetzt überarbeiteten Novellierungsentwurf ist zwar an einigen Stellen der Kritik der Datenschützer Rechnung getragen worden:

- durch die Einbeziehung der Erhebung als schützenswerte Phase der Datenverarbeitung im Bereich der öffentlichen Verwaltung
- durch die Einbeziehung der Akten in den Datenschutz im Bereich der öffentlichen Verwaltung
- durch die Einführung einer Gefährdungshaftung bei fehlerhafter Datenverarbeitung für Behörden und öffentliche Stellen
- durch die Stärkung der Unabhängigkeit des Bundesdatenschutzbeauftragten, indem er vom Parlament gewählt wird.

Im Detail gibt es hingegen eine Vielzahl von Verschlechterungen des Datenschutzes gegenüber dem geltenden Recht:

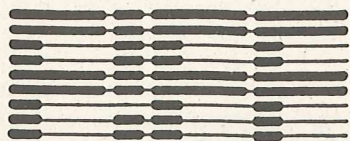
Durch die Beschränkung des Geltungsbereiches des Datenschutzes bei Privaten auf Dateien und Daten, die geschäftsmäßig oder für berufliche oder gewerbliche Zwecke genutzt werden, wird ein großer Anwendungsbereich, wie z.B. die Datenverarbeitung auf vielen Privat-PC's, ganz aus dem Datenschutz ausgenommen. Auch die Datenverarbeitung durch Vereine,

die sich nicht wirtschaftlich betätigen, wird vom Datenschutz ausgenommen, obwohl die Weitergabe von Daten durch Vereine auch stark in die Persönlichkeitsrechte des Bürgers und der Bürgerin eingreifen kann. Ebenso werden sogenannte interne Dateien, die aus verarbeitungstechnischen Gründen kurzzeitig erstellt werden, aus dem Anwendungsbereich des Datenschutzgesetzes herausgehalten. Angesichts der Unschärfe der Begriffe "verarbeitungstechnische Gründe" und "kurzzeitig" entsteht hier eine neue Lücke im Datenschutzrecht, die die Kontrolle der Einhaltung des Datenschutzes erschweren wird. Mit Zunahme der Telekommunikation bestehen für den Bürger und die Bürgerin erhebliche Gefährdungen durch Protokolldateien, die in Rechnernetzwerken aus verarbeitungstechnischen Gründen angelegt und ausgewertet werden können. Sie können z.B. darüber Auskunft geben: wann wer mit wem wie lange gesprochen oder Daten übertragen hat.

## Statt Zweckbindung stärken - Zweckentfremdung legalisieren

Die Novellierung des BDSG war auch erforderlich geworden, weil das Bunderverfassungsgericht im Volkszählungsurteil eine strenge Zweckbindung der Daten gefordert hatte. Die Daten sollen beim Bürger und der Bürgerin direkt erhoben und nur für den Zweck, für den sie





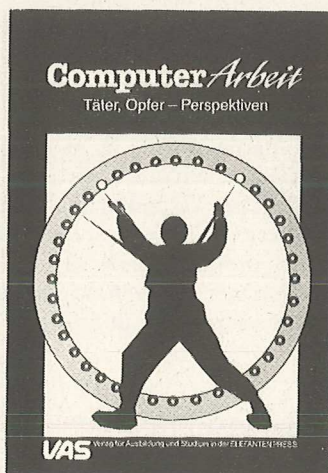
### Beiträge zum Thema Informatik und Gesellschaft



#### Jutta Schaaf (Hg.): Die Würde des Menschen ist unverNETZbar

Netznoten Frankfurt ■ Automatisierung  
des Zahlungsverkehrs ■ Rüstungshaus-  
halt und Informationstechnik ■ Verfas-  
sungsverträglichkeit als Kriterium der  
Technikbewertung

300 S., Bonn, 1990, 12,80 DM



#### Ralf Klischewski, Simone Pribbenow (Hg.): ComputerArbeit. Täter, Opfer - Perspektiven

Das demokratische Potential der Neuen  
Fabrik ■ Maschinelle Intelligenz - In-  
dustrielle Arbeit ■ Arbeitnehmer und  
Betriebsräte zu Informatik im Betrieb

190 S., Berlin, 1989, 19,80 DM

erhoben worden sind, verwendet werden. Nur dadurch erhält der Bürger und die Bürgerin bei der expandierenden Datenverarbeitung überhaupt eine Chance, einen Überblick darüber zu behalten, wo welche Daten über ihn/sie zu welchem Zweck verarbeitet werden. Nur so besitzt der Bürger und die Bürgerin die Möglichkeit von dem grundrechtlich verbürgten Recht, grundsätzlich selbst bestimmen zu können, wo welche Daten über ihn/sie zu welchem Zweck verarbeitet werden, Gebrauch machen zu können. In der Novellierung des BDSG wird das Gegenteil getan, indem eine Vielzahl von Ausnahmen, die eine Zweckentfremdung der einmal von dem Bürger und der Bürgerin mitgeteilten Daten zulassen, aufgezählt wird. Nicht die Zweckbindung wird in dem Gesetz gestärkt, sondern die Zweckentfremdung legalisiert.

Für die Verwendung von Daten in Wissenschaft und Forschung ist der Datenschutz unangemessen liberalisiert worden. Die Voraussetzungen, unter denen auf die Einwilligung der Betroffenen verzichtet werden kann bzw. Daten, die für ganz andere Zwecke erhoben worden sind, für Forschungszwecke zweckentfremdet werden dürfen, sind völlig unbestimmt und lassen Wissenschaft und Forschung zum "Daten-Eldorado" werden.

### Datenschutz unterliegt Wirtschaftsinteressen

Der Bundesdatenschutzbeauftragte soll nur noch alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen. Hiermit wird die Information der Öffentlichkeit über die Entwicklungen und Gefährdungen der Datenverarbeitung verringert, während sich die technische Entwicklung beschleunigt. Angesichts der Undurchschaubarkeit der Datenverarbeitung in vielen Bereichen haben die Datenschutzberichte einen wichtigen öffentlichen Aufklärungscharakter, dessen Wirksamkeit beschränkt wird.

Konkrete Verschlechterungen für die Betroffenen bringt das neue Gesetz im Bereich der Werbewirt-

schaft. Daten, die der Werbung dienen, kann der Bürger und die Bürgerin nur sperren jedoch nicht löschen lassen. Die Herausgabe von Adress-, Telefon-, Branchenverzeichnissen unterliegt nicht mehr dem Datenschutz, wenn sie mit einer redaktionell-journalistischen Tätigkeit verbunden ist. Damit wird für Unternehmen, die mit Adressen handeln, die Möglichkeit geschaffen, sich dem Datenschutzrecht mit Hinweis auf journalistisch-redaktionelle Anteile ihrer Publikationen zu entziehen.

Nicht nur in Detailregelungen zeigt sich, daß der Datenschutz dort aufhört, wo die Interessen der Wirtschaft anfangen. So sind die Akten im privaten Bereich nach wie vor vom Datenschutz ausgenommen. Den betrieblichen Datenschutzbeauftragten wird zwar eine bessere personelle und materielle Unterstützung im Betrieb zugestanden, die wirklich unabhängige Wahrnehmung und Ausgestaltung ihrer Aufgaben ist jedoch nicht sichergestellt. Auch den oft gestellten Forderungen nach Stärkung der Aufsichtsbehörden wurde nicht nachgekommen.

Der jetzt vorgelegte Novellierungsentwurf überzeugt weder konzeptionell noch im Detail. Nach 13 Jahren Erfahrung mit dem Datenschutzgesetz, ist keine wirkliche Bilanz gezogen worden. Mit dem vorgesehenen Datenschutzgesetz lassen sich Herausforderungen der Datenverarbeitungstechnik in diesem Jahrzehnt und im Hinblick auf die EG nicht bewältigen. Da das BDSG voraussichtlich auch Wirksamkeit für die Datenverarbeitung in der DDR entfaltet, sind die besonderen Erfahrungen mit der Verletzung von Persönlichkeitsrechten in der DDR einzubeziehen. Eine grundlegende Nachbesserung des Entwurfes ist erforderlich.





# ÜBERALL

## Bonn

Nach der Sommerpause gab es aus aktuellem Anlaß in der Bonner Regionalgruppe einen erfreulich gut besuchten Vortrag eines GMD-Mitarbeiters zu Neuronalen Netzen und den Perspektiven der Forschung. Aus diesem Vortrag und aus dem zur Einstimmung nochmal gezeigten Film "Die elektronischen Eierköpfe" entwickelte sich eine lebhaft Diskussions um Begriff und Methodik.

## Berlin

Es gibt Ansätze zu neuen Aktivitäten.

Reinhard Keil-Slawik ist derzeit an der University of Washington und steht mit den Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in Kontakt.

## Bremen

Aktuelles Thema der Regionalgruppe ist die Rüstungskonversion.

## Erlangen

Thema der regelmäßigen Treffen der Regionalgruppe war das "Zukunftskonzept Informationstechnik" des Bundesministers für Forschung und Technologie.

## Freiburg

(siehe Berlin, erster Absatz)

## Hamburg

Im Januar fand eine Veranstaltung zum Thema "Verwundbarkeit der Industrielandschaft" statt. Zu diesem Thema gab es im Juni auch einen Kongreß. *(Die Redaktion ist an den Ergebnissen interessiert!)*

Es läuft ein Projekt "Überwachung der Abrüstung" an der Universität Hamburg, das sich auf die Auswertung von Satellitenbildern stützt (vgl. dazu den Artikel "Bildverarbeitung zur Abrüstungskontrolle" in der FIFF KOMMUNIKATION 3/90). Die Regionalgruppe beschäftigt sich weiterhin mit diesem Projekt.

Im März wurden neben dem normalen FIFF-Verteiler BetriebsrätInnen und ArbeitnehmerInnen-VereinerInnen angeschrieben, um Informationen über die Arbeitssituation von InformatikerInnen zu erhalten (siehe auch den Bericht "Also, zufrieden bin ich nicht..." in der FIFF KOMMUNIKATION 3/90). Durch diese Aktion ergaben sich einige neue Kontakte. Das Thema bleibt für Hamburg aktuell.

## Heidelberg/ Heilbronn

Einige StudentInnen und MitarbeiterInnen des Studienganges "Medizinische Informatik" der Uni Heidelberg/FH Heilbronn wollen einen Arbeitskreis zum Themenkomplex "Informatiker - Verantwortung auch in der Medizin" ins Leben rufen. Sie wollen zunächst bei sich selber, dann auch bei anderen Betroffenen Problem-bewußtsein schaffen. Wer kann ihnen mit guten Ideen für Aktionen und Informationsmaterial helfen, ihre KommilitonInnen "heißzumachen" für diese existentielle Problematik? Wer



**Rudolf Kitzing, Ursula Linder-Kostka, Fritz Obermaier (Hg.):  
Schöne neue  
Computerwelt.**

**Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Informatiker**

Beherrschbarkeit von Systemen, ihre Verletzlichkeit und die Verantwortung von Informatikern ■ Neue Wege in der Informatik ■ Psychosoziale Folgen des Computereinsatzes

256 S., Berlin, 1988, 19,80 DM



**J. Bickenbach, R. Keil-Slawik, M. Löwe, R. Wilhelm (Hg.):  
Militarisierte Informatik**

Militär und die Geschichte des Computers ■ Informatik-Forschung für moderne Waffensysteme ■ Zur Verantwortung der InformatikerInnen

207 S., Marburg, 1985, 10,- DM

Alle Bücher zu beziehen über das  
FiFF-Büro, Reuterstr. 44,  
5300 Bonn 1



möchte sich an diesem Arbeitskreis aktiv beteiligen?

Die Kontaktadresse lautet:

Claus Stark  
Breslauer Straße 5  
7129 Brackenheim  
Tel. (07135) 7625

## München

Die Regionalgruppe beteiligte sich am Ostermarsch und am Münchner Evangelischen Kirchentag.

Themen monatlicher Treffen waren: "Menschenbild und Computer", "Einführung einer HICOM-Nebenstellenanlage", "Computer in die Ecke! - Technik vermeiden, wo möglich. Technik nutzen, wo nötig." und "Digitalisierung der Grundrechte". Dazu wurden als Referenten ein-geladen Rolf Günther, Herbert Fieber vom Siemens-Betriebsrat, Norbert Müllert und Peter Wedde.

Der Arbeitskreis "Computer und Datenschutz" findet im Rahmen eines Kurses der Volkshochschule statt; es gab dort auch einen Kurs zum Thema "Computer-Netze und ihre Auswirkungen".

Für 1991 ist unter Mitarbeit von FIFF eine Wanderausstellung zum Thema "Gesundheit am Computer-Arbeitsplatz" geplant. (Die anlässlich der SYSTEMS 1985 erarbeitete Wanderausstellung "Systeme - Mensch sein im Netz der Computer" kann nach wie vor bei der IG Metall in München ausgeliehen werden.)

## Münster

Das nächste Treffen der Regionalgruppe ist für den Herbst vorgesehen.

## Stuttgart/ Tübingen

Die Regionalgruppe ist mit der Vorbereitung der Jahrestagung voll ausgelastet.

## AK RUIN

Die Soldaten gehen nach Hause, die Computer ziehen in den Krieg. Diese Schlußfolgerung muß aus dem Anpassungsprozeß gezogen werden, der den Abrüstungsprozeß in Ost und West begleitet, so das Fazit des Arbeitskreises Rüstung und Informatik, der sich mit den Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen auf Militär und Rüstungsmarkt beschäftigt. Informatik wird nicht nur zur Abrüstungsverifikation (vgl. dazu den Artikel "Bildverarbeitung zur Abrüstungskontrolle" in der FIFF KOMMUNIKATION 3/90), sondern vor allem zur Abrüstungskompensation - noch "intelligentere" Waffen zur Kompensation für abgerüstete Waffen - und zur Aufgabenkompensation - aus Aufklärungssystemen zur Raketenabwehr werden beispielsweise Überwachungssysteme gegen den Drogenhandel. Expertensysteme zur Kriegsplanung sowie strategische und taktische Simulationen ermöglichen eine schnell anpaßbare Kriegsvorbereitung, militärische Roboter minimieren die Verluste und erhöhen die Akzeptanz von Kriegen in der Bevölkerung. Informationstechnik ermöglicht das Vorhalten eines ungeheuren Aggressionspotentials als Politikersatz und -fortsetzung.

So gerne wir uns nur noch mit Konversions- und Friedensfragen beschäftigt hätten, müssen wir uns auf unseren vierteljährlichen Treffen weiterhin mit der Militarisierung der Informatik beschäftigen. In unserem lebhaften Forum tauschen wir die neuesten Informationen - unter anderem aus dem Bonner Archiv - aus.

Zur Zeit konzentrieren wir uns auf ein neues Buch zum Thema "Militarisierte Informatik". Der Schwerpunkt liegt auf aktuellen Entwicklungen in der Bundesrepublik bzw. Europa. Gegliedert ist das Buch zur Zeit in folgende sieben Punkte:

- Geschichtliche Entwicklung,
- Militärische Forschung und Entwicklung,
- Militärische Nutzung von Informatik,
- Militärischer Einfluß auf Informatik,
- Zur Rolle der Rüstungsindustrie,
- Folgen, Probleme und Gefahren,
- Gegentendenzen.

Geplant ist, das Buch bis zum Ende des Jahres herauszubringen, erste Teile liegen vor. Interessierte sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Und wo bleibt das Positive? Ein Beispiel für den friedlichen Einsatz von Informationstechnik haben zwei StudentInnen der Uni Koblenz in einer Studienarbeit vorgestellt. Ihr Projekt FIPRAN (Firmen- und Produkt-Analyse-System) analysiert Meldungen und Beiträge aus Zeitungen wie "Wehrtechnik" und erstellt eine Datenbank zu Ländern, Rüstungsprodukten, Firmen und ihren Beziehungen. Diese Idee aus dem Bonner Büro soll zur Recherche genutzt werden. Das System soll in einem gesonderten Artikel vorgestellt werden; Fragen dazu beantwortet das Büro gern.

## AK "Neue Wege in der Informatik"

Der AK Neue Wege hat seine Arbeit vorläufig eingestellt.



# LESEN?

## Computer-Kinderbücher

Ein kleine Literaturübersicht zu Büchern, in denen es nicht um Computersachwissen, sondern um die Bedeutung des *Drumherums* geht und zwar nicht nur für *kleine*, sondern auch für *große* Menschen.

**Emil Zopfi und Pieter Kunstreich:**  
**Ein Wiesenfest für die Computerkäufer.** Verlag Orell Füssli, 1982, ISBN 3280013224

Die Bewohner der Wiese hielten eine Versammlung ab, denn es wurde immer mehr Gift von den Menschen auf die Wiese gesprüht. "Ruhe", rief der Tausendfüßler. "Wir haben uns versammelt, um zu beraten, wie wir uns wehren können. Die Menschen behaupten, wir seien schädlich. Deshalb streuen sie das Gift aus." Sie beschlossen, am anderen Morgen zu der Fabrik zu fliegen, wo sie meinten, daß das Gift gemacht würde. In der Fabrik angekommen, fanden sie in einem großen roten Kasten dicke schwarze Körper mit vielen glänzenden Beinen. "Was seid denn ihr für seltsame Insekten?" Nur der aller kleinste Käfer rief ihm zu: "Wir sind Computerkäfer und du?"

Nach vielen aufregenden Geschichten beschließen die Wiesenkäfer und die Computerkäfer, ein gemeinsames Wiesenfest zu veranstalten. "Ist eine Wiese schön?", fragte der kleine Computerkäfer. "Wunderschön", antwortete die Biene. "Wenn deine Beine nicht gefesselt wären, könntest du zwischen den Blumen und Gräsern durchstreifen und den Duft der Blüten einatmen."

**Ursel und Silke Brix-Henker:**  
**Opa ist nicht von gestern.** Verlag Annette Betz, 1987, ISBN 3219103545

Ulli besucht in den Ferien seinen Großvater. "Opa, Erinnerst du dich noch an die Geschichte von dem Mann mit dem Zauberhut, die du mir im letzten Jahr erzählt hast?" Aber der Opa kann sich nicht mehr daran erinnern. "Na so was!", denkt

einen. Der merkt sich alles. Zahlen und andere wichtige Sachen. Wenn Papa etwas vergessen hat, dann fragt er seinen Computer." Im Hause des Opas angekommen erzählt der Opa Ulli von einem uralten Computer, den sich beide im Gartenhaus gemeinsam anschauen. Nach vielen spannenden Geschichten um diesen ... Computer sagt der Opa: "Die anderen Computer stehen nach ein paar Jahren nutzlos herum und schmecken nicht einmal einem Spatzen! Mein ... Computer kann etwas, was keiner von Papas Computern kann: Jedes Jahr im Herbst produziert er viele hundert neue kleine ... Computer, die das gleiche können wie er."

Mehr soll hier nicht verraten werden.



"Auf vielen Beinen ist gut schweben"

(Wukasch, aus "Computer sind auch Menschen", Verlag Rudolf Müller)

Ulli. Es ist das erste Mal, daß der Opa etwas nicht weiß. Opa seufzt und sagt: "Ich hab mein Leben lang so viele Geschichten erzählt ... und ich fürchte, mein Gedächtnis ist nicht mehr das beste." Ulli überlegt eine Weile. Dann geht ein Leuchten über sein Gesicht, und er sagt: "Weißt du was: du brauchst einen Computer!" "Einen Computer? Ausgerechnet ich?", fragt der Opa entsetzt. "Ja", sagte Ulli. "Papa hat

Weitere Büchertips:

**Ernst A. Ekker:** **Computer-Garten.** Jugend & Volk, Wien, 1984

**G. Jordan:** **Computer-Krimi TRM.** Band 1, Schneider, München, 1985

**Werner Meier:** **Die Computerdetektive.** Band 1, Loewes, Bindlach, 1985

**Lothar Streblow:** **Der Computerplanet.** Boje, Stuttgart, 1977

**Emil Zopfi:** **Der Computerdieb.** Benziger, Zürich, 1986

(Ditz Schroer)



## CPSR Newsletter

Inhaltsverzeichnis des jüngsten Ausgabe von CPSR Newsletter Volume 8, Numbers 1-2, Winter-Spring 1990 (Computer Professionals for Social Responsibility ist die US-amerikanische Schwesterorganisation des FIFF).

- **Computer Science and the Bush Administration**, Gary Chapman, CPSR Executive Director
- **Caller Identification: More Privacy or Less?**, Jeff Johnson, CPSR / Palo Alto (siehe Artikel unter AKTUELL)
- **Software Sneaks into South Africa**, Reese Ehrlich
- **CPSR Calls for End of "Star Wars" Program und SDIO Responds to CPSR Letter**
- **The Arms Race and Peace Movement as History Book Review** (5 books), Jonathan Jacky CPSR/Seattle
- **The Institute for Global Communications - PeaceNet EcoNet ConflictNet - Cooperation through Communication**, Jeff Lohrman

### Kontaktadresse:

Computer Professionals for Social Responsibility  
P.O. Box 717  
Palo Alto, CA 94302-0717

(Kopien dieser Artikel können gegen geringe Gebühr bezogen werden vom Bonner FIFF Büro)

## Gentechnik - zum Weiterlesen

Die letzte FIFF KOMMUNIKATION hatte den Schwerpunkt Genomanalyse. Wer sich weiter damit auseinandersetzen möchte, findet dazu Gelegenheit bei den

**Datenschutznachrichten (DANA)**. Heft 3, 1990.

Auf 20 Seiten wird in diesem Heft das Thema Datenschutz und Gentechnologie dargestellt. Neben einem Artikel von Rudolf Wilhelm, "Genomanalyse und Datenschutz", gibt es Darstellungen aus der Sicht unmittelbar Betroffener (Behinderte, Frauen) und der "beamteten Datenschützer". Abgerundet werden die Beiträge mit einigen weiterführenden Literaturangaben.

Das Heft kann bezogen werden bei

Deutsche Vereinigung für  
Datenschutz (DVD)  
Reuterstraße 44  
5300 Bonn 1.

Ein weiterer Beitrag ist in

gegengift, Nr. 10,  
Oktober 1988

enthalten. Es geht dort um das Konzept des "Genetischen Risikos" in der Arbeitsmedizin, das heißt Genanalyse bei ArbeitnehmerInnen.

"gegengift" ist die Zeitschrift des Vereins "Arbeit & Gesundheit e.V.", der sich darum bemüht, die Gesundheitsgefahren und -belastungen der Arbeitswelt zu verringern. Sie ist erhältlich über:

Arbeit & Gesundheit e.V.  
c/o Gesundheitsladen  
Nernstweg 32  
2000 Hamburg 50

## Computerwissen für ArbeitnehmerInnen

Hilfe, unser Betrieb kriegt Computer! So oder ähnlich ist die verständliche Reaktion vieler ArbeitnehmerInnen und ihrer InteressenvertreterInnen in Betriebs- und Personalräten auf die Einführung von Computern in ihrem Betrieb. Den Versprechungen der Betriebsleitungen von Arbeitserleichterungen stehen die oft nur allzu begründeten Ängste vor betrieblicher Umstrukturierung, Abqualifizierung, Rationalisierung

und Kontrolle von ArbeitnehmerInnen gegenüber.

Um den ArbeitnehmerInnen-Interessen in diesem Einführungsprozeß Geltung zu verschaffen, ist es notwendig, daß ArbeitnehmerInnen bzw. Betriebs- und Personalräte auf die Gestaltung des einzuführenden Systems sachkundig einwirken. Nur die wenigsten ArbeitnehmerInnen und Betriebs- und Personalräte verfügen selbst über DV-Wissen. Sie sind so gegenüber einer Geschäftsleitung im Nachteil, die sich durch die eigene DV-Abteilung oder externe BeraterInnen DV-Wissen einkauft. Als Möglichkeit, diese Defizite zu beseitigen, bietet sich an, externen Sachverständigen hinzuzuziehen und sich selbst Grundwissen der DV-Technik anzueignen.

Als Leitfaden, um an die nicht eben dicht gesäten ArbeitnehmerInnen-orientierten DV-BeraterInnen zu kommen, wurde beispielhaft vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW die Erstellung einer Broschüre in Auftrag gegeben, die landesweit neben den Technologieberatungsstellen des DGB auch die DV-Beratungsinstitutionen in freier Trägerschaft vorstellt. Hier können Betriebs- und Personalräte Ansprechadressen in ihrer Region finden.

**Transfer-Atlas Nordrhein-Westfalen**. Herausgegeben vom Projekt "Technikberatung NRW" im Rahmen des Landesprogramms "Mensch + Technik" - "Sozialverträgliche Technikgestaltung" des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Zu beziehen ist der Atlas über:

Zentrum für  
Wissenschaft und Praxis  
Universität Bielefeld (ZWuP)  
Postfach 8640  
4800 Bielefeld 1

Das Aneignen von DV-Wissen kann weder für ArbeitnehmerInnen noch für deren betriebliche VertreterInnen heißen, sich zu DV-Fachleuten ausbilden zu lassen. Um aber



überhaupt eine sinnvolle Betriebsvereinbarung abschließen und deren Einhaltung später überwachen zu können, ist eine Beschäftigung mit der DV und ihren Möglichkeiten unvermeidlich. Zur arbeitnehmerInnengerechten Gestaltung von DV-Systemen sind also sowohl Kenntnisse über rechtliche Rahmenbedingungen als auch technisches Basiswissen erforderlich. Zur Schulung und Qualifikation von ArbeitnehmerInnen, besonders aber ihrer VertreterInnen bieten Gewerkschaften, aber auch andere Organisationen und Einrichtungen, Seminare an, auf denen diese Kenntnisse vermittelt werden.

Aus ihren Beratungserfahrungen hat die Technologieberatungsstelle beim DGB Landesbezirk NRW ein hervorragendes Curriculum zur Vermittlung eines Grundwissens zur Technikgestaltung für ArbeitnehmerInnenvertreterInnen erarbeitet.

**Gottfried Richenhagen,  
Klaus-Dieter Heß u.a.: Grundwissen zur Technikgestaltung.**  
Zwei Bände, Köln, 1990,  
ISBN 3-7663-2160-9

Für ein Wochenseminar werden gut ausgearbeitete Unterrichtseinheiten samt umfangreichem Arbeitsmaterial und sogar Demonstrationssoftware vorgestellt. Die Themen reichen von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des DV-Einsatzes über den Aufbau von Computern, ihr Einsatz und den Möglichkeiten zu ihrer Gestaltung bis zu rechtlichen Rahmenbedingungen und praktischen Vorgehensweisen bei der Einführung von DV-Systemen, bei denen sich der Kreis zu den hinzuzuziehenden DV-BeraterInnen wieder schließt. Aufgrund ihrer Gestaltung lassen sich einzelne Teile auch in anderen Unterrichtszusammenhängen nutzen. Dieses Curriculum ist angesichts der fortgeschrittenen DV-Einführung ein lange überfälliger Leitfaden zur Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und ihren VertreterInnen.

(Ute Bernhardt)

## Computer für die Apartheid

**Komitee Zuidelijk Afrika:  
Computerizing Apartheid.**  
Export of computer hardware to south africa, Amsterdam, 1990, ISBN 9070331-23-3, zu beziehen über die BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport", Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1.

Für die Schwarzen Südafrikas ist es das Symbol ihrer Unterdrückung durch die weiße Minderheit: das Paßbuch. Nur mit Paß dürfen sie arbeiten, im Paß muß der Arbeitgeber eingetragen sein. Nur mit Paß dürfen sie in weiße Wohngebiete und der Paß ist ständig mitzuführen, um ihn der Polizei auf Verlangen zeigen zu können. Die Polizei vergleicht die Paßdaten mit dem Einwohnerregister, in dem über jeden Südafrikaner neben den Identitätsdaten Rassenzugehörigkeit und Fingerabdruck gespeichert sind. Dieses System wäre ohne Computer nicht durchsetzbar. Dieses System arbeitet mit Computern, die Südafrika nicht selbst herstellen kann, sondern importieren muß.

Welche Firmen Geschäfte mit Südafrika machen und welche nicht, das hat das Komitee Zuidelijk Afrika zusammengetragen. Und da Südafrika zu einem großen Teil auf ausländische Firmen angewiesen ist, Computer aber nicht direkt unter das Handelsembargo der UNO fallen, umfaßt die Liste der Handelspartner Südafrikas fast alle Computerhersteller der westlichen Welt. Wohin dies führt, zeigt der Export von U-Bootplänen nach Südafrika,

der aufgrund des Embargos illegal ist; genehmigt, weil nicht illegal, wurde dagegen der Export des zentralen Computers für die U-Boote durch die Freiburger Firma Litel 1982 und 1983.

Ausnahmen von dieser Lieferpraxis stellen, wegen des Beschlusses der skandinavischen Regierungen, Südafrika nicht mehr mit Computern zu beliefern, nur u.a. die Hersteller Dansk Data, Norsk Data und Nokia Data dar. Die Vertreter anderer Computerhersteller oder sogar deren südafrikanische Niederlassungen verkaufen Computer an die Polizei, die staatliche Verwaltung und sogar an das Militär und seine Forschungseinrichtungen sowie die südafrikanische Atombehörde. Sie tragen so zur Unterdrückung der schwarzen Mehrheit und zur Rüstung Südafrikas ebenso bei wie zur Entwicklung der südafrikanischen Atombombe.

Das Beispiel Südafrika macht die Rolle des Computers als Macht- und Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung einer großen Mehrheit durch eine kleine, selbsternannte Elite von Rassisten deutlich. Verantwortungsbewußtes



(Quelle: Deutsche Welthungerhilfe)

Handeln von InformatikerInnen heißt auch, Lieferungen an und Handelsbeziehungen mit derartigen Unrechtsregimen offenzulegen und politischen und wirtschaftlichen Druck - etwa durch Boykott - auf Firmen und Politiker auszuüben. Informationen liefert diese Broschüre.

(Ingo Ruhmann)



# TERMINE

In dieser Rubrik ist jede Menge Platz für Termine von Veranstaltungen, die für LeserInnen der FIFF KOMMUNIKATION interessant sein könnten. Hinweise auf Veranstaltungen bitte an die Redaktion senden (*Anschrift siehe IMPRESSUM*).

**Oktober 1990, 2. Salzburger Friedensgespräche zum Thema: "Gewalt-Beziehungen"**

Kontakt: Salzburger Personenkomitee für Frieden und Abrüstung, Bürgerspitalgasse 2, A-5020 Salzburg

**5. bis 7. Oktober 1990, Stuttgart, FIFF-Jahrestagung zum Thema "Nichts zu sagen - Nichts zu tun ... Umdenken und Handeln"**

DGB-Haus, Wille-Bleicher-Str. 20. Siehe auch Einladung in der Mitte diese FIFF KOMMUNIKATION. Kontakt: Josef Helf, Köllestr. 33, 7400 Tübingen, Tel. (7071) 49177

**7. Oktober 1989, 10 Uhr, Stuttgart, FIFF-Mitgliederversammlung**  
DGB-Haus, Wille-Bleicher-Str. 20

**5. bis 7. Oktober 1990, Bonn, Beethovenhalle, Medizinischer Kongreß der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges)**

Kontakt: 8. Kongreß der IPPNW, Sektion BRD, Postfach 120528, 5300 Bonn

**8. bis 12. Oktober 1990, Stuttgart, GI Jahrestagung "Informatik auf dem Weg zum Anwender"**

Kontakt: GI '90, Th. Knopik, Institut für Informatik, Azenberg Straße 22, 7000 Stuttgart 1

**12. bis 14. Oktober 1990, Frankfurt, Kongreß "BRD ohne Armee" (Arbeitstitel)**

Kontakt: Kongreß BRD ohne Armee, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (069) 431440

**16. bis 18. November 1990, Münster, Arbeitstagung der Infostelle Wissenschaft & Frieden "Welche Zukunft hat der Frieden an der Hochschule"**

Kontakt: Infostelle Wissenschaft & Frieden, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 210744

**17. November 1990, Stuttgart, Aktion/Demonstration zur Rüstungskonversion**

Kontakt: Ohne Rüstung Leben e.V., 7000 Stuttgart 1, Furtbachstr. 10, Tel. (0711) 6409620

**21. bis 24. November 1990, Hochschule Bremen, Arbeitstagung "Ingenieurstudentinnen - Ihre Studiensituation und Berufsperspektive als Gegenstand der Ausbildung"**

Kontakt: Hochschule Bremen, Fachbereich 1, Neustadtswall 30, 2800 Bremen 1 (Prof. Dr. Renate Meyer-Braun, Tel. (0421) 5905-178 oder Prof. Dr. Gerd Syben, Tel. (0421) 5905-175)

An der Hochschule Bremen wird seit dem Wintersemester 1986 ein Seminar "Studiosituation und Berufsperspektiven von Ingenieurstudentinnen" angeboten. In dieser Veranstaltung werden die Erfahrungen der Studentinnen mit ihrer eigenen Studiosituation reflektiert, die gesellschaftlichen Hintergründe analysiert und Handlungsmöglichkeiten und Strategien im Umgang mit Problemen und Diskriminierungen erarbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt ist die inhaltlich-theoretische Auseinandersetzung mit Naturwissenschaft und Technik aus feministischer Sicht.

Mit der Arbeitstagung sollen Ansätze, praktische Beispiele, Erfahrungen und Planungen solcher Lehrveranstaltungen, in denen Situation und Perspektive von Ingenieurstudentinnen Thema der Ausbildung sind, zusammengeführt werden.

Aufgerufen und eingeladen sind: HochschullehrerInnen, Lehrbeauftragte und Studentinnen, die entsprechende Lehrveranstaltungen entweder schon durchführen, planen oder durchführen wollen, sowie alle, die Interesse am Thema "Frauen in technischen Studiengängen" haben.

Während der Tagung wird eine Kinderbetreuung angeboten. Schlafplätze für Interessierte mit geringem Einkommen können in begrenztem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Für StudentInnen und TeilnehmerInnen mit geringem Einkommen kann gegebenenfalls

ein Zuschuß zu den Reisekosten gewährt werden. Die Tagungsräume sind für RollstuhlfahrerInnen zugänglich.

**28. bis 30. November 1990, Suhl/Thüringen, "Computer und Gesellschaft '90", 2. Jahrestagung der Fachsektion 7 "Informatik und Gesellschaft" in der Gesellschaft für Informatik der DDR**

Kontakt: Kammer der Technik, Bereich Wissenschaft und Technik, PF 510, DDR-6000 Suhl.

Auf der Tagung, die unter Mitwirkung des Fachbereichs 8 der Gesellschaft für Informatik (GI), der Schweizer Informatiker-Gesellschaft und Fachleuten der Österreichischen Computer-Gesellschaft veranstaltet wird, geht es u.a. um den verantwortlichen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, sozialverträgliche Technikgestaltung, Arbeitsgestaltung/CIM aus arbeitswissenschaftlicher Sicht, Informatik in parlamentarisch-administrativen Systemen und die Beziehungen zwischen der Informatik und der Dritten Welt, Frauen, Kultur und Recht. Drei Podiumsdiskussionen sind geplant zu den Themen "Mensch und Computer", "Informatik und Kultur" und "Verantwortung der Informatik gegenüber der Gesellschaft".

Das vollständige Programm kann über die Kontaktadresse bezogen werden.

**1. Dezember 1990, Bonn, Vorstands- und Beiratssitzung des FIFF e.V.**

Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle (*siehe ADRESSEN*)



# VIELZWECK-SCHNIPSEL

## Die/Der bin ich:

Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_  
 Wohnort: \_\_\_\_\_ Mitgliedsnummer (falls bekannt): \_\_\_\_\_  
 Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): \_\_\_\_\_ (Arbeit): \_\_\_\_\_

## Das möchte ich:

- ☐ Ich möchte ☐ aktives bzw. ☐ förderndes Mitglied des FIFF werden  
 (Mindestbetrag ist für Verdienende 60.-- DM, für Studierende 15.-- DM pro Jahr)  
☐ Ich möchte, ohne FIFF-Mitglied zu sein, die FIFF KOMMUNIKATION für 15.-- DM/Jahr abonnieren  
☐ Ich überweise \_\_\_\_\_ DM auf Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)  
☐ Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

- ☐ Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:

Straße: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

- ☐ Ich möchte FIFF etwas spenden

- ☐ Verrechnungsscheck über \_\_\_\_\_ DM liegt bei  
☐ Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

- ☐ Ich möchte mehr über FIFF wissen, bitte schickt mir \_\_\_\_\_

- ☐ Ich möchte gegen Rechnung zuzüglich Portokosten bestellen:

- ☐ Ich möchte FIFF informieren über einen Artikel/ein Buch

- ☐ Zitat (siehe unten)  
☐ Kopie liegt bei

- ☐ Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit

- ☐ einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)  
☐ einer Anregung (siehe unten)

- ☐ Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag: \_\_\_\_\_ DM, erstmals: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Wenn das Konto keine

Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen

Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)



# IMPRESSUM

Die **FIFF KOMMUNIKATION** ist das Mitteilungsblatt des **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)**.

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

**Heftpreis:** 3.-- DM. Der Bezugspreis für die **FIFF KOMMUNIKATION** ist für FIFF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die **FIFF KOMMUNIKATION** für 15.-- DM/Jahr (inkl. Versand) abonnieren.

**Erscheinungsweise:** einmal vierteljährlich

**Erscheinungsort:** Bonn

**Auflage:** 2000

**Herausgeber:** Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

**Verlagsadresse:** FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219548

**Druck:** PR-Druck und Verlag, Kölnstraße 292, 5300 Bonn 1

**ISSN** 0938-3476

**Redaktionsadresse:** Christine Fischer, Solalindenstraße 108, 8000 München 82 (e-mail: hellmut@guud.de)

**Redaktions-Team für FIFF KOMMUNIKATION 4/90:** Christine Fischer (verantwortlich), Friedemann Gerster-Streit, Peter Kaiser, Fritz Obermaier, Winfried Seidel

Postvertriebsstücke werden von der Post auch auf Antrag nicht nachgesendet, daher bitten wir alle Mitglieder und Abonnenten, jede **Adreßänderung** rechtzeitig bekannt zu geben.

**Redaktionsschluß für FIFF KOMMUNIKATION 1/91:** 29. Oktober 1990 (Leserbriefe und Kurznachrichten der Regionalgruppen und AKs: 12. November 1990).

## Was will das FIFF?

Im **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) e.V.** haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen nach Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im **FIFF** sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

## Der FIFF-Vorstand

Prof. Dr. Reinhold Franck +  
(Vorsitzender)  
Saarbrücker Straße 43  
2800 Bremen 1

Hubert Biskup  
Hindenburgdamm 65e  
1000 Berlin 45

Helga Genrich  
(Stellvertr. Vorsitzende)  
Im Spicher Garten 3  
5330 Königswinter 21

Pia Grund  
Jakobsgasse 18  
7400 Tübingen

Ralf Klischewski  
Goldbachstraße 2  
2000 Hamburg 50

Gilla Reckert  
Fuldastraße 22  
4600 Dortmund 41

Jürgen D. Schroer  
Am Bergl 2  
8031 Seefeld-Meiling

Hellmut Weber  
Degenfeldstraße 2  
8000 München 40

Gerhard Wohland  
Hohenlehenstraße 18  
7408 Wankheim

## Beiträge

Die **FIFF KOMMUNIKATION** lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer LeserInnen. Interessante Artikel, am besten zusammen mit geeigneten Fotos, Zeichnungen, oder Comics zur Illustration sind herzlich willkommen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (5<sup>1</sup>/<sub>4</sub>-Zoll oder 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-Zoll, MS-DOS ASCII-Format *ohne* Silbentrennung) und zusätzlich auf Papier der Redaktion zugehen. Eine Electronic Mail Adresse ist vorhanden (siehe weiter oben).



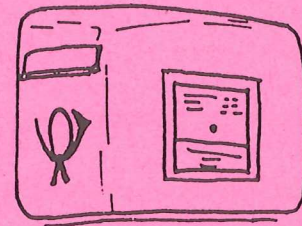
# ADRESSEN

Das FIFF bemüht sich, den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende Kontaktadressen wurden uns bisher gemeldet, weitere werden hoffentlich folgen (vorzugsweise mit Telefonnummer).

## Regionale Kontaktadressen

- 1000 **Berlin 45**  
Hubert Biskup  
Hindenburgdamm 65e  
Tel. (030) 314-25471
- 2000 **Hamburg 50**  
Simone Pribbenow  
Fachbereich Informatik  
Bodenstedtstraße 16  
Tel. (040) 4123-6115
- 2370 **Rendsburg**  
Hans-Otto Kühl  
c/o Schleswig AG  
Kieler Straße 19  
Tel. (04331) 201-2187
- 2800 **Bremen 33**  
Karin Vosseberg  
Universität Bremen  
Fachbereich Informatik  
Postfach 330440  
Tel. (0421) 218-2280
- 2900 **Oldenburg**  
Fachschaft Informatik  
Carl-von-Ossietzky-Universität  
Ammerländer Heerstraße  
Oldenburg
- 4400 **Münster**  
Werner Ahrens  
Hohe Geest 120  
Tel. (02051) 3054 (p) und (0251) 491-429 (d)
- 5000 **Köln**  
Manfred Keul  
Landsbergstraße 16  
Tel. (0221) 317911
- 5330 **Königswinter**  
Manfred Domke  
Ölbergstraße 94a

- 5400 **Koblenz**  
Michael Möhring  
EWH Koblenz  
Rheinau 3-4  
Tel. (0261) 9119-0 (Zentrale)
- 6000 **Frankfurt/Main 60**  
Ingo Fischer  
Dahlmannstraße 31
- 6101 **Groß-Bieberau**  
Hans Rupp  
Friedrich-Merz-Straße 32  
(bei Darmstadt)  
Tel. (06166) 8039
- 6750 **Kaiserslautern**  
Paul-Thomas Kandzia  
Lothringer Dell 72  
Tel. (0631) 70645
- 7000 **Stuttgart 75**  
Karsten Hofmann  
Gorch-Fock-Straße 1  
Tel. (0711) 472626
- 7500 **Karlsruhe 1**  
Gerhard Jordan  
Rüppurer Straße 35
- 7750 **Konstanz**  
Thomas Freytag  
Am Briel 48  
Tel. (07531) 50367
- 7800 **Freiburg im Breisgau**  
Claus Matzke  
Badenweilerstraße 18  
Tel. (0761) 471556
- 7900 **Ulm**  
Timm H. Klotz  
Franz-Wiedemeier-Str. 108  
Tel. (0731) 385657
- 8000 **München 90**  
Bernd Rendenbach  
Grünwalderstraße 145a  
Tel. (089) 6422119
- 8520 **Erlangen**  
Prof. Dr. Horst Müller  
Inst. f. math. Maschinen und DV der Universität  
Erlangen-Nürnberg  
Martensstraße 3



- 8900 **Augsburg**  
Theo Ungerer  
Wellenburger Straße 69  
Tel. (0821) 94501 (privat), (0821) 598-2176

## Kontaktadressen der überregionalen Arbeitskreise

### ISDN-AK

- Hans Rupp  
Friedrich-Merz-Straße 32  
6101 Groß-Bieberau  
(bei Darmstadt)  
Tel. (06166) 8039

### AK RUIN

#### "Rüstung und Informatik"

- Helga Genrich (vorläufig)  
Im Spicher Garten 3  
5330 Königswinter 21  
Tel. (02244) 3264

### AK "FIFF europaweit"

- Dagmar Boedicker  
Daiserstraße 45  
8000 München 70  
Tel. (089) 7256547

## FIFF-Geschäftsstelle

- FIFF-Geschäftsstelle  
Reuterstraße 44  
5300 Bonn 1  
Tel. (0228) 219548.  
(e-mail an das Büro bitte über Helga Genrich: hgen@gmdzi.uucp)

Das Büro ist dienstags von 14 bis 19 Uhr und donnerstags von 16 bis 19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über das Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).



# SCHLUSS- P



Das Projekt ist der Bau eines Einfamilienhauses mit zwei Stockwerken und Keller mit einer Grundfläche von 100 Quadratmetern. Als Baumaterial werden Ziegelsteine verwendet.

Der Architekt kalkuliert wie folgt: Das letzte Bauvorhaben (eine Doppelgarage) hatte eine Grundfläche von 25 Quadratmetern. Verbraucht wurden 1000 Ziegel. Die Baukosten betrugen 10000 DM, was einen Preis von zehn DM pro Ziegel bedeutet. Das neue Haus hat die vierfache Grundfläche und die doppelte Höhe - dies bedeutet 8000 Ziegel oder 80000 DM Baukosten.

Das Angebot von 80000 DM erhält den Zuschlag, und der Bau beginnt. Da die Maurerkolonie ausgelastet sein will, wird beschlossen, immer nur ein Zimmer zu konstruieren und gleich anschließend zu bauen. Das hat den Vorteil, daß die Planungs- und die Ausführungsgruppe immer ausgelastet sind. Weiter wird beschlossen, mit den einfachsten Sachen anzufangen, um möglichst schnell in die Bauphase einsteigen zu können. Das Schlafzimmer scheint dafür am besten geeignet zu sein.

Das Schlafzimmer wird zu schnell fertig, und die Planungen für die Küche müssen unterbrochen werden. Da im Zusammenhang mit der Küche bereits am Esszimmer geplant wurde (Durchreiche zur Küche), wird dieses, um die Bauarbeiten fortführen zu können, als nächstes in Angriff genommen. Schritt drei in der Fertigstellung ist das Wohnzimmer. Als auch dieses fertig ist, stellt sich heraus, daß die Planungen für Küche und Bäder doch mehr Zeit in Anspruch nehmen als geschätzt. Da der Bauherr auch "endlich" mal was Konkretes sehen will, wird eine Seite der Fassade komplett hochgezogen, um den Eindruck des fertigen Hauses zu

vermitteln. Um das Dach montieren zu können, wird die andere Seite der Fassade ebenfalls hochgemauert. Da hier noch keine Planung vorliegt, können leider keine Fenster und Türöffnungen berücksichtigt werden. Man ist aber überzeugt davon, diese ohne größere Probleme später herausbrechen zu können.

Leider ist damit auch die Grundfläche des Hauses festgelegt. Damit ergibt sich der Zwang, die Küche in den ersten Stock verlegen zu müssen. Statt der geplanten Durchreiche

wird nun ein Speiseaufzug eingebaut, was

das Projekt erheblich verteuert. Dadurch haben sich trotz beständigen Arbeitens unter Hochdruck die Bauarbeiten verzögert, so daß der Bauherr (der seine alte Wohnung gekündigt hatte) gezwungen ist, in das erst halbfertige Haus einzuziehen. Als besonders nachteilig erweist sich das Fehlen von Elektro- und Sanitäranschlüssen. Letzteres Problem wird durch Anmieten eines Toilettenwagens (Kosten 170 DM pro Tag) vorläufig endgültig überbrückt.

Alle anderen Arbeiten werden gestoppt, um vorrangig die Elektroinstallationen vorzunehmen, schon allein wegen der fehlenden Fenster. Mit Hilfe externer Kräfte (1500 DM pro Tag) wird die Elektronik in kürzester Zeit verlegt, allerdings auf Putz, um "saubere Schnittstellen" für die noch nicht geplanten Hausteile zu schaffen. Im Alltagsbereich stellt sich als nachteilig heraus, daß das Wohnzimmer als zuerst gebauter Hausteil als einziges Zimmer zur Straße hin liegt. Damals war dies die einfachste Lösung (kurzer Transportweg der Ziegelsteine), die Haustür hierhin zu legen, so daß das Haus vom Wohnzimmer aus betreten werden muß. Dies erscheint dem Bauherrn ganz und gar unerträglich; als

FiFF e.V., Reuterstr.44, 5300 Bonn 1

Kurt Fussangel  
Hedderheimer Kirchstr. 30  
6000 Frankfurt 50

Lösung wird ein Teilabriß erwogen. Dagegen spricht, daß bereits 250000 DM verbaut sind und der Bauherr samt Familie übergangsweise in ein Hotel ziehen müßte. Die Tür nach hinten zu versetzen, erforderte, ein Loch in die Fassade zu brechen. Im Hinblick auf die unsichere Statik wird davon Abstand genommen. So wird das Haus bis zum ersten Stock von außen mit Erde aufgeschüttet. Das ursprünglich geplante Badezimmer wird zum Flur umfunktioniert - die Toilettenwagen-Lösung hat sich inzwischen etabliert. Weiterer Vorteil: auf den Fensterdurchbruch im ehemaligen Erdgeschoß kann verzichtet werden.

# ENGINEERING

Das Erdgeschoß wird zum Keller, der Dachgarten als Wohnzimmer umgebaut und aus Kostengründen (und um eine endgültige Lösung nicht von vornherein zu verbauen) mit Planen provisorisch abgedeckt. Kostengründe sind es auch, die das Projekt an dieser Stelle beenden. Alles weitere wird auf eine spätere Realisierungsphase verschoben. Fazit: Der Bauherr hat zwar etwas ganz anderes bekommen, als er eigentlich wollte. Aber immerhin hat er überhaupt etwas bekommen, auch wenn er statt der geplanten 80000 DM nun immerhin ganze 440000 DM hingelegt hat.

Der Architekt hat seine Truppe ständig ausgelastet und mit Hochdruck und Überstunden gearbeitet. Wie vorgesehen, wurden 8000 Ziegelsteine verbraucht, was beweist, daß seine Schätzung im Prinzip richtig war. Seine aktualisierte "Cost-Data-Base" weist nun einen Preis von 55 DM pro Ziegel aus, was bei der nächsten Garage einen Angebotspreis von 55000 DM ergibt.